



75



VVN-BdA

**Spenden für die Arbeit  
der VVN-BdA Niedersachsen e.V.**

**VR-Bank Altenburger Land eG / Deutsche Skatbank**

**IBAN: DE79 8306 5408 0004 2128 86**

**BIC: GENODEF1SLR**

**Postbank NL Hannover**

**IBAN: DE17 2501 0030 0007 510307**

**BIC: PBNKDEFFXXX**

**75 Jahre VVN-BdA  
Niedersachsen**

## Impressum

© 2022 Alle Rechte vorbehalten.

Herausgeber VVN-BdA Niedersachsen  
Mechthild Hartung (ViSdP)  
Büro VVN-BdA Niedersachsen  
Rolandstraße 16  
30161 Hannover  
E-Mail: [kontakt@vvn-bda-niedersachsen.de](mailto:kontakt@vvn-bda-niedersachsen.de)  
Internet: <https://niedersachsen.vvn-bda.de>

Gestaltung: Mohan Ramaswamy  
Titelbild: Mechthild Hartung  
Druck: AktivDruck, Göttingen

# Inhalt

Vorwort	7	5.		
1947 – 2007		Kinder und Jugendarbeit		
60 Jahre VVN Niedersachsen	9	und die Öffnung der VVN		21
2007 – 2022		6.		
Rückblick	10	Die VVN in der Friedensbewegung		22
Kampf gegen alte und neue Nazis		Frieden		24
Nichts und niemand wird vergessen		Europas größter Truppenübungsplatz		25
Stets auf der Hut		7.		
Hoch die lokale und internationale Solidarität		1947 – 2007 Geschichtsarbeit und Gedenkstätten		29
Interne Vereinsarbeit		Entwicklung der Mahn- und Gedenkarbeit (1945 – 2022)		32
Zu viele Anlässe, die unser Auftreten erfordern		An sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter*innen		
Aktuelle Aufgaben des Landesvorstandes		erinnern – wo sind die Gräber?		34
Aktuelle Mitglieder des Landesvorstandes und des		Berichten wie es war! Ruth Gröne		36
Sprecher:innenkreises der VVN/BdA Niedersachsen		8.		
1.		Die VVN/BdA im Bündnis		
Der Kampf um die Neuordnung Deutschlands		gegen Neofaschisten und Rassisten		38
und die Gründung der VVN	14	9.		
2.		Herausforderungen und Entwicklungen nach 2007		41
Antikommunismus und Spaltung	15	VVN/BdA an der Seite von Geflüchteten		42
3.		Verschwörungsmythen unnd rechtes „Querdenken „		44
Kampf gegen die Illegalität	17	10.		
4.		In Memoriam		
„Wiedergutmachung „und Entschädigung	19	Klaus Harbart		48
		Fritz Maiwald		50
		Peter Dürrbeck		52
		Gedenkliste		54

Liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten,  
liebe Kameradinnen und Kameraden,

Ihr haltet unser Heft „75 Jahre VVN-BdA in Niedersachsen“ in den Händen. Es ist ein Rückblick auf unsere Arbeit in den letzten 75 Jahren.

Im Jahr 2007 hat unsere Landesvereinigung ein Heft unter der Überschrift „VVN/BdA Aktiv gegen Faschismus und Krieg, 60 Jahre VVN Niedersachsen“ herausgegeben. Den Text, die Dokumente und Bilder haben wir in die aktuelle Broschüre übernommen. Zur Unterscheidung wurden die Seiten bis 2007 mit

einem blauen Balken auf der Innenseite und die neuen Texte mit einem roten Balken ebenfalls auf der Innenseite gekennzeichnet.

Wir haben uns bewusst dafür entschieden, den Text und damit auch die politischen Einschätzungen unserer Kameradinnen und Kameraden zu übernehmen. Wir sind stolz auf ihren Einsatz!



## 75 Jahre VVN Niedersachsen Ein Vorwort

Beginnen wir mit der guten Nachricht: Den Menschen – Überlebende der faschistischen Lager und Zuchthäuser – die 1946 begannen, sich zusammenzuschließen, war es schon 1947 gelungen, stabile Organisationen in den Ländern der Westzonen und nach Gründung der Bundesrepublik auch zentral aufzubauen! Es ging dabei nicht nur um Entschädigung für die erlittenen Qualen, das gemeinsame geistige Band war der Schwur von Buchenwald! In Deutschland gab es einen breiten Wunsch nach einem Neuanfang in Frieden und Freiheit!

Die Gründung der Bundesrepublik 1949 war zwar ein Bruch des Abkommens von Potsdam – betrieben durch die Westalliierten – in ihrem Grundgesetz fand sich jedoch noch viel von diesem Geist. Parlamentarisch wie programmatisch waren unsere Gründerinnen und Gründer von Vielen anerkannt.

Doch bald setzten sich die Kräfte durch, deren zentrales Anliegen die Restauration der gesellschaftlichen Verhältnisse und die Revision der Ergebnisse des Krieges war. Der antikommunistische Kalte Krieg war ihre Plattform, Wiederbewaffnung in der Nato ein wesentliches Ziel!

Ein erster wichtiger Schritt war die Einführung des Art.131 in das Grundgesetz. Durch ihn konnten die „bewährten Kräfte“ des faschistischen Staates wieder in den Beamtenapparat eingeschleust werden, in die Gerichte, Amtsstuben, Universitäten und Schulen. Zugleich begann der Versuch der Spaltung der VVN z.B. durch den „Unvereinbarkeitsbeschluss“ der SPD. KPD-Verbot und „Sicherheitsgesetze“ brachten viele Mitglieder der VVN wieder vor die Gerichte und in die Gefängnisse. Genannt seien hier nur August und Kurt Baumgarte und Herta Dürrbeck. Ihre Ankläger und „Richter“ zählten zu den „bewährten Kräften“. In mehreren Heften, herausgegeben von unserer Kreisvereinigung Lüneburg, wurde das vorbildlich dokumentiert!



Transparent im Oktober 2021 in Berlin.

Foto: Reinhold Weismann-Kieser

Trotz Verfolgung und Schikane – unsere Landesvereinigungen blieben bestehen! Sie öffneten sich für jüngere Antifaschistinnen und Antifaschisten zur VVN-BdA. Sie war von Beginn an treibende Kraft in der Gedenkstättenarbeit. Als „Erinnerungskultur“ zur öffentlichen Aufgabe wurde, war sie davon bald nicht mehr fern zu halten! Wo immer sich alte und neue Faschisten zusammenrotteten – sie trat ihnen überall entschieden entgegen – unter der Losung Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist ein Verbrechen! Sie war von Anfang an Teil der Friedensbewegung! Auch der Versuch, sie durch Aberkennung ihrer Gemeinnützigkeit zu strangulieren, scheiterte und führte ihr neue Kräfte zu!

Dies ist eine Erfolgsgeschichte – die gute Nachricht!

Unsere Verpflichtung ist der Schwur von Buchenwald, besonders seine letzten Sätze:

***Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung.***

***Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.***

***Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.***

Davon sind wir gegenwärtig weiter entfernt, denn je!

Der Nazismus wird nur als Ideologie, nicht aber als Instrument zur Vorbereitung und Führung des Vernichtungskriegs verstanden, die Wurzeln bleiben also im Dunkeln. Rassismus gilt als ideologische Verirrung, nicht als Instrument der Spaltung und der Herrschaft! Kriege – bis hin zur Zerstörung jeglicher Zivilisation – gelten als „Mittel der Politik“!

Das ist die schlechte Nachricht – unser Auftrag bleibt!



Denkmal v. Mies van der Rohe, Berlin

Foto: MH



**1947 – 2007:**

## **60 Jahre VVN Niedersachsen**

Mit ihrem 60-jährigen Bestehen blickt die Vereinigung auf eine wechselvolle Geschichte zurück. Als Organisation der Verfolgten und Kämpferinnen und Kämpfern im Widerstand gegen den Faschismus begann sie im Kampf um die Verwirklichung des Schwurs von Buchenwald und um einen politischen und sozialen Neubeginn in Deutschland. Die zunehmende Konfrontation der Westmächte gegenüber der Sowjetunion und der Antikommunismus, der im Verlauf dieser Entwicklung in deren Einflussgebiet geschürt wurde, führte zur Zerstörung der antifaschistischen Einheitsfront und zum Austritt vieler vorwiegend sozialdemokratischer Mitglieder. Mit Gründung der Bundesrepublik war die Vereinigung zunehmenden Repressalien und Versuchen der Illegalisierung ausgesetzt. Deren erfolgreiche Abwehr verdankte sie insbesondere ihren Enthüllungen der Nazivergangenheit zahlreicher beteiligter Staatsanwälte und Richter.

Der Kampf gegen die Wiederbewaffnung und die fortschreitende Aushöhlung der sozialen und Freiheitsrechte in der Bundesrepublik verband sich mit einer Öffnung der Organisation für neue Mitglieder und einem erfolgreichen Genera-

tionswechsel, der sich in der Erweiterung des Namens zum „Bund der Antifaschisten“ (VVN/BdA) ausdrückte.

Auch gegenwärtig erleben wir eine neue Welle der Kriegspolitik. Seit der völkerrechtswidrigen Intervention in Jugoslawien sind die Streitkräfte der Bundesrepublik fortwährend auf Kriegsschauplätzen im Ausland präsent. Damit einher geht ein massiver Abbau von bürgerlichen Freiheitsrechten und die Aushöhlung der Systeme der sozialen Sicherung. Langzeitarbeitslosigkeit, Kinderarmut, wachsende soziale Auslese im Bildungswesen und Zerfall des Systems der Berufsausbildung berauben immer mehr Menschen, besonders Jugendliche, jeglicher sozialen Perspektive. Alte und neue Nazis versuchen verstärkt dieses Potenzial gesellschaftlicher Frustration für sich auszunutzen. Die VVN-BdA ist unter diesen Bedingungen besonders gefordert. Gleichzeitig steht sie erneut vor der Notwendigkeit, einen Generationswechsel einzuleiten.

„Den Frieden wiederherzustellen und die Verantwortlichen für den faschistischen Terror und Krieg zur Rechenschaft zu ziehen, bedeutete für keinen Teilnehmer der antifaschistischen Bewegung einfach nur Waffenstillstand und einige personalpolitische Umbesetzungen, sondern die Einleitung eines strukturverändernden demokratischen Bruchs, der jede Wiederholung der Barbarei ausschließen sollte.“ (Aus der Erklärung der Gründungskonferenz der VVN in Frankfurt im März 1947. Dieses und die folgenden Zitate, soweit nicht anders gekennzeichnet, aus „40 Jahre Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“, Hannover, 1987.)



## 2007 bis Mitte 2022: Rückblick

Die Aufgaben der VVN-BdA hatten sich über die Jahrzehnte hinweg wenig geändert – lediglich die Buchstaben von Nazi-Parteien, die Orte und Anlässe von Naziaufmärschen, die Namen der Täter und ihre Verbrechen, über die es neue Erkenntnisse gab, haben sich mehrfach gewandelt. Neben dem Kampf gegen Rechts und für die Rechte aller Menschen stand die Erinnerungsarbeit im besonderen Fokus der VVN-BdA Niedersachsen. Erst Anfang der 2020-er Jahre kamen nur scheinbar völlig neue Themen hinzu: So beispielsweise die Corona-Pandemie (siehe Artikel auf S. 44) und schließlich der Krieg des russischen Präsidenten Putin in der Ukraine, der zum Zeitpunkt der Erstellung dieses zweiten Teils der Chronik stattfindet und die Arbeit der VVN-BdA beeinflusst.

### Kampf gegen alte und neue Nazis

Die NPD-Verbotskampagne war einer der Schwerpunkte unserer Arbeit. Die Neo-Nazis wollten sich auf unseren Straßen und Plätzen breitmachen, doch fast überall gab es starken Widerstand in zum Teil sehr breiten Bündnissen. So beispielsweise in Bad Nenndorf, wo die Rechten jedes Jahr einen „Trauermarsch“

durchführten, was sie aber nach einfallsreichen Protesten ebenso aufgeben mussten wie einzelne Kundgebungen in Braunschweig und andernorts. In Wolfsburg wollte der frühere Nazi-Anwalt Jürgen Rieger eine zentral gelegene Immobilie, direkt gegenüber dem VW-Werk, kaufen und darin ein „KdF-Museum“ einrichten. Auch die „Ludendorffer“ und die vielen, sie schützenden lokalen Größen in Dorfmark, hatten nicht mit dem langjährigen Widerstand aus der umgebenden Region gerechnet. Die VVN/BdA war stets Bündnispartnerin, Mitinitiatorin und immer personell vor Ort aktiv.

Hinzu kamen Proteste gegen Geschäfte, die mit Neonazis gemeinsame Sache machten und beispielsweise Kleidung von „Thor-Steinar“ verkauften. Später gab es dann Demonstrationen gegen die AfD, die 2008 schließlich auch in den Landtag Niedersachsen einzog. Ein langwieriges Thema, wie sich zeigt. Die VVN-BdA versucht derzeit, mit Wahlprüfsteinen und einem Aufruf gegen die AfD mitzuhelfen, diese Partei wieder loszuwerden. Deren Gedankengut aber wird wohl bleiben – da machen wir uns keine Illusionen.

### Gegen Krieg und Militarismus

Niedersachsen war seit jeher ein Aufmarschgebiet für die Bundeswehr und andere NATO-Truppen (s. Artikel S. 25), die hier riesige Gebiete für ihre Manöver besetzt halten. Die Proteste gegen Bundeswehr und einzelne Firmen wie Rheinmetall in Unterlüß gehörten stets zu den Aufgaben der VVN-BdA. In Hannover wurde gegen die 1. Panzerdivision als einer Einheit, die „an vorderster Front“ an den weltweiten Einsätzen der Bundeswehr beteiligt war, demonstriert. Deren jährliches „Sommerbiwak“ brachte Menschen aus vielen Schichten und Bewegungen auf die Straße und vor die aufgebauten Widerstands-Bühnen.

Unser jährliches Gedenken an die sowjetischen Kriegsgefangenen in Hörsten – mitten im Truppenübungsgebiet der Bundeswehr und direkt an der „Panzerringstraße“ gelegen – zeigte jedes Jahr die Widersprüchlichkeit zwischen den Vorbereitun-



gen auf einen Krieg und den Mahnungen zum Frieden, die die VVN-BdA aus den Kriegen zog.

### **Nichts und niemand wird vergessen**

Die Erinnerung aufrecht zu erhalten, aufzuklären, stets zu mahnen und nie zu vergessen – das waren und sind Hauptbestandteile der VVN-BdA-Arbeit und ihres Selbstverständnisses. In Niedersachsen haben wir uns u.a. eingebracht, wenn es um die Wiederentdeckung und das Aufspüren von Erinnerungsorten und deren Neugestaltung, Zugänglichkeit und Wahrnehmung ging. Die Verlegung und die Pflege von Stolpersteinen war und ist in vielen Kommunen eine unserer Aufgaben. In Hannover wurde u.a. an die Verbrechen der Familie Quandt erinnert. Am Mahnmal für das ehemalige KZ Hannover-Ahlem wurden Zeitzeugengespräche durchgeführt. In Wolfsburg wurde ein Mahnmal für die mehr als 20.000 Zwangsarbeiter:innen enthüllt. Gedenkveranstaltungen wurden unter anderem für Sinti und Roma in Oldenburg und Lüneburg durchgeführt.

Auch die eigene Geschichte derjenigen, die überlebt haben, wurde beleuchtet. Peter Dürrbeck porträtierte das Leben seiner Eltern und gab Einblicke in die kommunistische und antifaschistische Familie, die im Kaiserreich, in der Weimarer Republik, in der Zeit des Faschismus und unter der Adenauer-Justiz verfolgt wurde.

### **Stets auf der Hut**

Aufmerksam wurde von uns die aktuelle Politik verfolgt und die „Finger in die Wunden“ gelegt. So protestierte die VVN-BdA im Jahr 2010 erfolgreich dagegen, dass in Großburgwedel ein „Mahnmal“ gleichermaßen Täter und Opfer würdigen sollte. Wo unsere Mitglieder forschten, wurden z.T. Broschüren, Bücher und Filme produziert. So hat beispielsweise die VVN-BdA Lüneburg mehrere Veröffentlichungen zur faschistischen Geschichte der Stadt und zur Verfolgung von Kommunist:innen noch in der Adenauer-Ära herausgegeben.

Auch Ausstellungen der VVN-BdA über Nazis oder das Thema Zwangsarbeit wurden angeboten und genutzt. Buchlesungen wie beispielsweise in Göttingen zu den „Nazis in Nadelstreifen“ oder in Wolfsburg mit einem vietnamesischen Autor wurden organisiert. Den 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion nahmen wir zum Anlass, um auf einer im Internet übertragenen Konferenz im Pavillon Hannover mit Fachleuten ins Gespräch zu kommen.

Damit der 8. Mai endlich auch ein offizieller Feiertag wird, hat die VVN-BdA Osnabrück in diesem Jahr nicht mehr „nur“ ein Gedenken organisiert, sondern auch mit anderen Gruppen eine Feier mit Essen, Getränken und Musik ausgerichtet.

### **Hoch die lokale und internationale Solidarität**

Die Solidarität und internationale Arbeit spielte bei der VVN-BdA eine große Rolle. So wurden durch unsere Mitglieder Geflüchtete in ihrem Alltag unterstützt und Abschiebungen nach Afghanistan und in andere Länder durch das Verstecken von Geflüchteten oder auch mit körperlichem Einsatz verhindert. Es wurden internationale Friedensfeste und interkulturelle Wochen organisiert und selbst der Ramadan wurde mit unserer Unterstützung gefeiert.

Koordiniert und inhaltlich angeregt wurden unsere Aufgaben u.a. bei bundesweiten Gedenkstättenseminaren, bei der „Nordkonferenz“ in Heideruh, bei der jährlichen Antifaschistischen Sozialkonferenz in Hannover und in zahllosen Sitzungen von Netzwerken und anderen Zusammenschlüssen auf regionaler Ebene.

Auch international gab es Kontakte und Zusammenarbeit. Ein Deutsch-Niederländisches Antifa-Seminar fand in Papenburg statt, bei offiziellen Besuchen von Delegationen aus dem Ausland kamen oftmals Treffen mit Mitgliedern der VVN-BdA zustande und auch wir reisten beispielsweise nach Frankreich, um dort nicht nur Grußworte bei Veranstaltungen, sondern auch konkrete Erfahrungen in freundschaftlichen Gesprächen einzubringen.



## Interne Vereinsarbeit

Als Ehrenmitglied der VVN-BdA Niedersachsen wurde Ruth Gröne aufgenommen. Neben Jahreshauptversammlungen, Kaffeemittagen und anderen Formen der Geselligkeit, organisierten einzelne Kreisvereinigungen auch Ausflüge und Info-Fahrten mit dem Fahrrad oder dem Bus. Mit zum Vereinsleben gehörte leider auch die Trauer um verstorbene Mitglieder, denen wir ein ehernes Gedenken bereiteten und sie zum Teil in Nachrufen und Gedenkveranstaltungen in guter Erinnerung behalten wollen. (Siehe ab Seite 48)

## Zu viele Anlässe, die unser Auftreten erfordern

Die Gelegenheiten und Notwendigkeiten, bei denen Mitglieder der VVN-BdA auf die Straße und an die Öffentlichkeit gehen

mussten, nahmen nicht ab, sondern wurden zahlreicher mit jedem Anschlag auf Menschen und jeder Missachtung von ihren Rechten. Fest verankert sind unsere Aktivitäten an Terminen wie dem 27. Januar, 1. und 8. Mai, die Ostermärsche und dem Antikriegstag am 1. September. Bei lokalen Veranstaltungen wie in Rieseberg oder beim Friedensfest in Wenigsen sind unsere Mitglieder stets dabei und verlässliche Partner:innen.

## Aktuelle Aufgaben des Landesvorstands

Die Corona-Pandemie hat die Arbeit der VVN-BdA erheblich eingeschränkt. Dennoch gelang es uns, die gestellten Aufgaben zu erfüllen und darüber hinaus auf aktuelle Ereignisse zu reagieren.



Debatten um den richtigen Weg prägen die Arbeit der VVN-BdA.

Foto: JTF



Im Jahr des Erscheinens dieser Broschüre (2022) feiern wir im Rahmen einer Festveranstaltung das 75-jährige Bestehen der VVN-BdA Niedersachsen. Unter dem Titel „Kinder des Widerstands“ wollen wir die Erinnerungen unserer ältesten Kameradinnen und Kameraden als Video und in Buchform festhalten. Über unsere Aktivitäten berichten wir nicht nur im Rahmen von Pressemitteilungen, Flugblättern und anderen Erklärungen, sondern auch in der Zeitung der VVN-BdA, der „antifa“, sowie über unsere Internetseite, bei Facebook und durch einen Rundbrief, den alle Mitglieder in Niedersachsen per E-Mail erhalten.

Die Landtagswahl 2022 wird im Verlauf des Jahres einen weiteren Schwerpunkt unserer Arbeit einnehmen. Diskussionen gab es u.a. um die Einordnung des russischen Einmarsches in der Ukraine und unserer Position dazu. Protestiert haben wir im Rahmen einer Pressemitteilung gegen das Verbot der sowjetischen Fahnen durch das niedersächsische Innenministerium.

Derzeit entstehen neue VVN-BdA-Gruppen in Niedersachsen bzw. werden vorhandene Strukturen neu belebt. In diesem Jahr wird außerdem das Büro in der Rolandstraße in Hannover renoviert. Wir wollen dort unser Archiv erfassen und digitalisieren und unsere wertvollen Bücher zu „unseren Themen“ besser präsentieren. Um all das zu finanzieren, suchen wir nach Sponsoren. Denn die Aufgaben der VVN-BdA in Niedersachsen werden sicherlich umfangreicher und in einem kriegerischen Umfeld leider notwendiger wie lange nicht mehr.

## **Aktuelle Mitglieder des Landesvorstands und des Sprecher:innenkreises der VVN-BdA Niedersachsen:**

Peter Baumeister  
Werner Groß  
Hans Hammerich  
Mechthild Hartung  
Jörg Lorenz  
Klaus Meier  
Birgit Meier  
Marina Musema  
Hartmut Rahmer  
Michael Rose-Gille  
Inge Scharna  
Hans Georg Schwedhelm  
Maike Sommer  
Hans-Dietrich Springhorn  
Eveline Wefer-Kamali  
Reinhold Weismann-Kieser  
Monika Windhorn



Foto: MH

# 1.

## Der Kampf um die Neuordnung Deutschlands und die Gründung der VVN

Der Interzonalen Länderkonferenz im März 1947, auf der beschlossen wurde, eine gemeinsame Organisation der Verfolgten zu konstituieren, waren Gründungen örtlicher und regionaler Komitees und Organisationen befreiter Häftlinge vorausgegangen. Zunächst stand die Organisierung einer Selbsthilfe zur Versorgung mit den nötigsten Grundbedürfnissen im Mittelpunkt. „Der ‚Ausschuss ehemaliger Konzentrations-Häftlinge Hannover‘, kurz KZ-Ausschuss genannt, gründete sich bereits Ende April 1945.“ Die Forderung nach Anerkennung eines besonderen Rechtsanspruchs auf Unterstützung stieß oft auf „erhebliche Widerstände“ bei den Behörden, aber auch bei der britischen Besatzungsmacht.

„Auch in dem Bestreben, durch die Erinnerung an das Ausmaß des faschistischen Terrors und der Verfolgung öffentlich im Sinne einer antifaschistischen Traditionspflege zu wirken, stieß der KZ-Ausschuss bereits im September 1945 auf Widerstand. Aus Furcht vor einer ‚Anti-Nazikundgebung‘ (!) erteilte die britische Militärregierung dem Antrag auf Durchführung eines Trauerumzuges mit Fahnen und Musikkapelle zur feierlichen Bestattung von etwa 50 im Lager Mühlenberg ermordeten Häftlingen eine Abfuhr.“

Schon früh zeigte sich also der enge Zusammenhang zwischen dem Kampf um Entschädigung und einer Politik zur aktiven Überwindung des Nazismus: „Bereits 1945 nahmen die regionalen Betreuungsstellen auf zentraler wie interzentraler Ebene Kontakte untereinander auf und tauschten Arbeitsergebnisse aus. Der Prozess der Vereinigung bzw. des überregionalen Zusammenschlusses als VVN wurde von denjenigen vorangetrieben, die über die Sicherstellung einer angemessenen materiellen Versorgung und Entschädigung hinaus weitergehende politische Forderungen entwickelten.“

Von dem Zonensekretariat der britischen Zone in Hamburg gingen „wesentliche Impulse zum Aufbau einer VVN-Organisation in Niedersachsen aus“. Nach dem Zusammenschluss der Orts- und Kreisverbände im Land Oldenburg und in den Regierungsbezirken Aurich und Stade Ende 1946 zu einer Bezirksgruppe Nord-West fand am 28. Februar 1947 die Gründungsversammlung der Landesorganisation im Speisesaal der Hanomag in Hannover statt. Die endgültige Konstituierung erfolgte dann auf der Delegiertenversammlung am 21./22. Juni. Hans HAHNE (SPD), Landtagsabgeordneter aus Bochum, betonte dabei als Hauptredner „Wir führen unseren Kampf nicht um ein Butterbrot, sondern aus innerer politischer Erkenntnis, deshalb können und dürfen wir nicht bei der Betreuung halt machen. Wir werden uns nicht die Rolle einer Wohlfahrtsorganisation zuschieben lassen, vielmehr muss es unsere Aufgabe sein, die antifaschistischen Kämpfer in das wirtschaftliche, politische und kulturelle Geschehen einzuschalten.“ (Hannoversche Volksstimme, Nr. 48, 24.6.1947) Eine herausragende öffentliche Aktivität in dieser Zeit war die zweitägige Veranstaltung zum Thema „Humanität oder Antisemitismus“ im November 1947 in Bad Pyrmont unter maßgeblicher Beteiligung von Probst GRUEBER (Berlin) von der bekennenden Kirche, Pater Kurt DEHNE, ehemaliger Dachau-Häftling und führender Repräsentant der VVN Niedersachsen, Dr. van DAM von der Jewish Relief Unit und dem Hamburger Senator und Experten für Entschädigungsfragen



Franz HEITGRES (KPD). Im September 1947 hatte in Hannover eine öffentliche Gedenkfeier zur Erinnerung an die Opfer des Faschismus stattgefunden (s. Kasten).

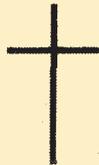
In solchen Aktivitäten spiegelt sich die gesellschaftliche und politische Breite des damaligen antifaschistischen Grundkonsenses. Sie wird auch daran deutlich, dass viele Widerstandskämpfer und ehemals Verfolgte öffentliche Ämter und parlamentarische Mandate bekleideten. Dies geschah naturgemäß zunächst auf Berufung durch die Besatzungsmacht, später aber auch durch Wahlen auf den verschiedenen Ebenen (s. „In Memoriam S. 48 ff“).

## 2.

### Antikommunismus und Spaltung

#### GEDENKFEIER

#### FÜR DIE OPFER DES NAZIREGIMES



**13. September 1947, 15 Uhr, Trauergottesdienst**  
für die Protestanten in der Dreifaltigkeitskirche  
Landesbischof D. Dr. Hanns Lilje D. D.

für die Katholiken in der St. Elisabethkirche  
Prof. Pater Kurt Dehne S. J.

**13. September' 1947, 18 Uhr, Gedenkfeier für die Opfer**  
des Naziregimes  
im Galeriegebäude in Herrenhausen, Operaufführung  
**FIDELIO** Ludwig van Beethoven

**14. September 1947, 10 Uhr, Gedenkfeier und**  
**Denkmalenthüllung auf dem Seelhorster Friedhof.**

Die Versuche der Westalliierten unter Führung der USA, die UdSSR aus ihrem Einflussgebiet in Mitteleuropa zu verdrängen, gingen naturgemäß mit einer verschärften antikommunistischen Propaganda einher. Eine besondere Rolle spielte dabei Kurt SCHUMACHER. Er versuchte jede Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zu unterbinden. Davon war die VVN in besonderem Maße betroffen. Allerdings blieb der Versuch, die SPD-Mitglieder zum Austritt aus der Vereinigung zu bewegen, zunächst erfolglos. Auf dem Parteitag der SPD im September 1948 in Nürnberg wurde dann gegen den heftigen Widerstand einer Minderheit der berüchtigte Unvereinbarkeitsbeschluss durchgesetzt. Der Gründung einer Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AWS) folgte 1950 die Gründung des Bundes der Verfolgten des Naziregimes, einer Organisation, der vorwiegend Christdemokraten angehörten. Trotz des wachsenden gesellschaftlichen und politischen Drucks gelang es lange Zeit, das gesamte ursprüngliche politische Spektrum der VVN in ihren führenden Gremien zu erhalten:



„Trotz des Unvereinbarkeitsbeschlusses der SPD 1948 ... setzte sich der im März 1950 gewählte Landesvorstand in Niedersachsen aus 14 Parteilos, 12 KPD-, 9 SPD und 2 CDU-Mitgliedern sowie je einem Angehörigen der FDP, des Zen- trums und der Deutschen Partei zusammen ... „(Mitteilungen der VVN-Niedersachsen, Nr. 15/16, Mai 1950). Dieser Unvereinbarkeitsbeschluss wurde erst 62 Jahre später – im Jahr 2010 – aufgehoben!

Die politische Auseinandersetzung drehte sich natürlich nicht nur um die Zusammenarbeit von Nichtkommunisten mit Kommunisten in einer Organisation. Getreu ihrer ursprünglichen Grundhaltung setzte sich die VVN zunehmend in Gegensatz zur herrschenden Politik:

„Das kompromisslose Festhalten der VVN an einer Verständigungspolitik zwischen Ost und West, ihre massiven Angriffe gegen die Politik der Remilitarisierung und Renazifizierung führten in der BRD zur Konfrontation mit der Politik der Bundesregierung und den in vielen Ämtern erneut tätigen ehemaligen Nazigrößen, was die erneute Kriminalisierung der VVN-Mitglieder nach sich zog: Der Beschluss der Bundesregierung vom September 1950 erklärte die in der VVN organisierten Verfolgten wieder zu Staatsfeinden, durch Berufsverbotsmaßnahmen waren sie erneuter Verfolgung ausgesetzt.“



Agnes Asche  
widersetzte sich dem  
Unvereinbarkeitsbeschluss

Die Protesterklärung dagegen spiegelt noch einmal die weltanschauliche und politische Spannweite der Organisation (s. Kasten) Auch gegen das öffentliche Auftreten der Vereinigung gab es zunehmende Repressionen z.B. durch das Dekret des Niedersächsischen Staatsministeriums, in dem ein Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel verfügt wurde.

#### Erklärung!

Die 69 % nicht kommunistischen Mitglieder der V.V.N. Niedersachsen, die sich zusammensetzen aus:

Parteilose	35,5 %
SPD-Angehörige,	21,6 %
CDU-Angehörige	5 %
FDP-Angehörige	2,3 %
Zentrum	2,3%
DP-Angehörige	<u>2,3%</u>
Summe	69 %

darunter:

- rass.- Verfolgte 24 %
- Bibelforscher 5 %
- 20. Juli-Gruppe 5%.
- Hinterbliebene 5%.
- Emigranten 5 %

protestieren gegen ein Wiederaufleben des sogenannten „Gesetzes zum Schutze des Berufsbeamtentums, wie es von Hitler im Jahre 1933 erlassen wurde, und gegen die Verletzung des Artikels 3 des Grundgesetzes durch die von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen gegen die politisch, rassistisch und religiös Verfolgten des Naziregimes, sie protestieren mit Entschiedenheit dagegen, dass sie kollektiv als Staatsfeinde bezeichnet werden. Eine kommunistische oder sonstige parteipolitische Tätigkeit innerhalb der V.V.N. im Lande Niedersachsen hat nie stattgefunden. Die Nichtkommunisten in der V.V.N. Niedersachsens sind ausschließlich für die Interessen der Verfolgten des Naziregimes tätig gewesen und haben in Zusammenarbeit mit der niedersächsischen Landesregierung wesentlich dazu beigetragen, die Ansprüche, die Rechte und das Wohl aller politisch Verfolgten zu wahren. Sie sind weiterhin gewillt, am Aufbau unseres deutschen Vaterlandes mitzuarbeiten und fordern die Ermöglichung dieser Betätigung.



# 3.

## Kampf gegen die Illegalität

Den behördlichen Schikanen folgten bald auf breiter Front Verbotverfahren. Die Adenauer-Regierung empfahl den Landesregierungen, alle Organisationen zu verbieten; die gegen die Remilitarisierung und für die Einheit Deutschlands eintraten. Zu ihnen gehörte natürlich auch die VVN. Darauf hin wurden im Juni 1951 in Hessen der Rat der VVN und in Rheinland-Pfalz, Hamburg und Niedersachsen die Landesverbände der Vereinigung verboten. Das Landesbüro in Hannover wurde geschlossen. Die VVN klagte gegen dieses Verfahren und erlangte im Juli 1954 endgültig die Rücknahme des Verbots.

„Ein großer Erfolg der VVN, der ohne die umfangreiche internationale Unterstützung und Solidarität demokratischer Organisationen und Persönlichkeiten Niedersachsens nicht denkbar gewesen wäre.“

Nun versuchte die Landesregierung die Wiedereintragung der VVN in das Vereinsregister zu blockieren. Erst durch einen erneuten Prozess wurde sie gezwungen, das Fortbestehen der Vereinigung anzuerkennen. „Am 31. Januar 1956, zum 23. Jahrestag der Machtübertragung an die Nazis, erlangte die VVN Niedersachsen nach fast 5 Jahren Illegalität die volle

Handlungsfreiheit wieder!“ Dennoch gingen die behördlichen Schikanen weiter. Während die Bundesregierung einen Verbotprozess gegen die Vereinigung vorbereitete, wurden alleine zwischen Mai 1962 und Januar 1963 in Hannover drei öffentliche Versammlungen kurzfristig verboten.

Zugleich wurden viele Kameradinnen und Kameraden Opfer der „Blitzgesetze“, die 1951 in Vorbereitung des KPD-Verbots erlassen worden waren. Sie wurden wegen der verschiedensten politischen oder sozialen Aktivitäten zu z.T. mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.

Dabei setzte die Adenauerjustiz Sondergerichte ein und bediente sich auch solcher Richter und Staatsanwälte, die ihre Erfahrungen in politischen Strafsachen schon in der Zeit des Faschismus sammeln konnten. Besonders berüchtigt war dabei die Staatsschutzkammer in Lüneburg! (vgl. „Kalter Krieg in Niedersachsen“, Hannover, o. J.)



### Ein besonderes Exemplar: Staatsanwalt Ottersbach

Karlheinz Ottersbach, geb. 10.6.1912, war Staatsanwalt am Sondergericht in Kattowitz (Polen). In diesem Amt hat er zahlreiche Todesurteile beantragt und durchgesetzt. Dabei benutzte er – zum Teil sogar rückwirkend – die sogenannte Polenstrafrechtsordnung. Diese sah vor, polnische Staatsbürger auch bei Bagatelldelikten zum Tode zu verurteilen. Oft handelte es sich um geringfügigen Diebstahl von Lebensmitteln der hungernden polnischen Menschen. In einem Fall wurde ein Pole zum Tode verurteilt, weil er den Hund eines Deutschen verletzt haben soll. (ebd. S. 16/17)

Am 29. November 1962 begann schließlich der legendäre Verbotsprozess vor dem Bundesverwaltungsgericht in West-Berlin. Er wurde schon am zweiten Verhandlungstag durch den überraschenden Auftritt von August BAUMGARTE, Landessekretär der VVN Niedersachsen, beendet, bei dem die Nazivergangenheit des vorsitzenden Richters enthüllt wurde. („Herr Dr. Werner, Sie sind ein alter Nazi!“) Der Prozesssonderdienst des VVN-Präsidiums gab dazu am 30.11. die folgende Schilderung:

„Der zweite Verhandlungstag im Prozess gegen die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) ( ... ) begann mit einem dramatischen Auftakt. Aus dem Zuschauerraum wurden dem Gericht von dem



Sekretär der VVN Niedersachsen, August Baumgarte, Fotokopien von Dokumenten überreicht, die den Vorsitzenden des Senats, Dr. Fritz Werner, belasten. Aus ihnen geht hervor, dass Dr. Werner schon 1933 Mitglied der SA war und in einer 1934 veröffentlichten Dissertation nazistische Auffassungen vertrat. Dem Präsidium der VVN waren diese Dokumente unbekannt. Als einer sei-

ner bevollmächtigten Vertreter im Prozess übernahm Alfred Hausser aus Stuttgart den Antrag von August Baumgarte, Dr. Werner auf Grund der Dokumente als befangen abzulehnen. Rechtsanwalt Dr. Hamann beantragte die Vertagung des Prozesses, damit dem gesamten Präsidium der VVN Gelegenheit gegeben werde, sich zu der neuen, ersten Situation zu äußern. Das Gericht entsprach diesem Antrag.“

Der Prozess wurde zunächst ausgesetzt. Insbesondere die breite internationale Solidarität machte es der Bundesregierung dann unmöglich, ihn weiter zu betreiben.

**„Der aus Überzeugung oder um des Glaubens oder des Gewissens willen gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft geleistete Widerstand war ein Verdienst um das Wohl des Deutschen Volkes und Staates.“**

*Aus dem Bundesentschädigungsgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, verabschiedet vom Deutschen Bundestag am 18. September 1953.*

# 4.

## „Wiedergutmachung“ und Entschädigung

Dieser hehren Erklärung entsprach zu keiner Zeit die Verwaltungs- und Rechtspraxis der westdeutschen Länder und der dann gegründeten Bundesrepublik. In den ersten Jahren waren die den Zuchthäusern und Lagern entronnenen und aus der Emigration heimgekehrten Widerstandskämpferinnen, Widerstandskämpfer und Verfolgten weitgehend auf ihre solidarische Selbsthilfe angewiesen. Nur zögernd, teils auf Grund von Druck der Besatzungsmächte, teils entsprechend den Forderungen der demokratischen Öffentlichkeit, verabschiedeten die Länder Entschädigungsgesetze. 1950 erteilte der Bundestag der Bundesregierung den Auftrag, ein einheitliches Entschädigungsgesetz zu erarbeiten. Erst im Juni 1953 lag dem Parlament ein Entwurf vor. Er stieß auf heftige Kritik: „Dieser Entwurf ist ein Generalangriff auf die Widerstandskämpfer aller Richtungen, Weltanschauungen und Bekenntnisse, die aktiv gegen Faschismus und Krieg gekämpft haben“, erklärte die VVN.“ Zunächst wurde der Entwurf trotzdem ohne Änderungen durchgepeitscht.

1956 war die Bundesregierung dann durch „heftigen Protest im In- und Ausland“ gezwungen, ein neues Gesetz einzubrin-

gen. Es „trat am 29.6.1956 in Kraft. Im Gegensatz zu anderen Sozial- und Versorgungsgesetzen, z.B. der Lastenausgleichsgesetzgebung mit über 30 Novellen, war die Entschädigungsgesetzgebung von jeder progressiven Fortentwicklung ausgeschlossen und der Schlusstermin für die Antragstellung auf den 31.12.1969 festgelegt. „Vermögensschäden durch Krieg und Kriegsfolgen rangierten also weit vor den Schäden durch Verfolgung und Widerstand“.



Leo Heinemann, Häftling in Moringen

Aber auch diese diskriminierenden Bestimmungen reichten nicht aus. Mit dem §6 des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG) im Zusammenhang mit dem KPD-Verbotsurteil wurde ein großer Teil der Berechtigten seiner Ansprüche beraubt und dazu noch zynisch mit gewöhnlichen Nazis gleichgesetzt (s. Kasten auf der folgenden Seite), während zahllose Beamte, Juristen, Professoren und Offiziere, die dem faschistischen Regime treu gedient hatten, bald wieder in Amt und Würden gelangten oder mit komfortablen Pensionen versorgt wurden. Die Sozialkommission beim VVN-Landesvorstand versuchte über die Jahre ehrenamtlich die große Zahl der Versorgungsansprüche zu bearbeiten. Bis 1970/71 erhielt sie von der Landesregierung dafür einen Zuschuss von jährlich DM 3.000,

der aber mit der Ausschlussfrist des BEG (s.u.) weg fiel. Bis dahin waren aber noch insgesamt 6689 Fälle offen. Ein großer Teil wurde nicht mehr bearbeitet. Erst im Jahre 1990 wurde der ‚Niedersächsischen Härtefonds für Opfer des NS-Regimes in besonderen sozialen Notlagen‘ gegründet. Mehr als 9 Jahre lang bis zum Herbst 1999 wirkte dort der Kamerad Fritz Maiwald, später Ehrenvorsitzender der VVN-BdA, an der Seite von Gertrud Schröter. Den Platz hatte die Fraktion B90 / Grüne zur Verfügung gestellt. (Inzwischen verfügt die VVN/BdA durch Landtagsbeschluss vom 11.11.99 über einen eigenständigen Sitz, den Michael Quelle/ KV Stade einnimmt.).



Häftlingsjacke von Leo Heinemann  
im Archiv der VVN-BdA Niedersachsen  
Foto: MH

## § 6 BEG

(1)

Von der Entschädigung ausgeschlossen ist,

1. wer Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen gewesen ist oder der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Vorschub geleistet hat; die nominelle Mitgliedschaft in der NSDAP oder in einer ihrer Gliederungen schließt den Anspruch auf Entschädigung nicht aus, wenn der Verfolgte unter Einsatz von Freiheit, Leib oder Leben den Nationalsozialismus aus Gründen, die den Verfolgungsgründen des § 1 entsprechen, bekämpft hat und deswegen verfolgt worden ist;
2. wer nach dem 23. Mai 1949 die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekämpft hat;
3. wer nach dem 8. Mai 1945 wegen eines Verbrechens rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Jahren verurteilt worden ist.

(2)

Absatz 1 Nr. 3 findet keine Anwendung, wenn die Verurteilung außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes ausgesprochen ist und wenn die Tat im Geltungsbereich dieses Gesetzes nicht mit Strafe bedroht oder die Verurteilung nach rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht gerechtfertigt ist.

(3)

1. Der Anspruch auf Entschädigung ist verwirkt, wenn nach Festsetzung oder nach rechtskräftiger gerichtlicher Entscheidung einer der Ausschließungsgründe des Absatzes 1 Nr. 2 und 3 eintritt.
2. Die nach Eintritt eines Verwirkungsgrundes bewirkten Leistungen können zurückgefordert werden.

# 5.

## Kinder- und Jugendarbeit und die Öffnung der VVN

Wie die übrige Arbeit der VVN nahm ihre Jugendarbeit zunächst ihren Ausgang in der Fürsorge für die Kinder und Enkel der Verfolgten. Im Mittelpunkt stand dabei die Organisation von Erholungs- und Ferienaufenthalten. Sie wurden regelmäßig mit befreundeten ausländischen Organisationen durchgeführt: „Die erste Freizeit mit Kindern aus der Bundesrepublik und französischen Kindern fand 1951 im Schneegrund statt. Später führten wir ein Ferienlager in Bad Lauterberg mit holländischen und französischen Kindern durch, die mit Busfahrten Niedersachsen kennenlernten. 1961 und 1962 folgten wir einer Einladung der französischen Bruderorganisation und besuchten mit den Kindern Paris und auch das von den Faschisten zerstörte Oradour. Das Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR lud jedes Jahr Kinder von Widerstandskämpfern in die Ferienlager in der DDR ein oder gab ihnen die Möglichkeit, sich an der Ostsee und im Thüringer Wald zu erholen.“ (Werner Müller in „60 Jahre ...“ S. 20) Auch Aufenthalte in der UdSSR und in der CSSR wurden organisiert.

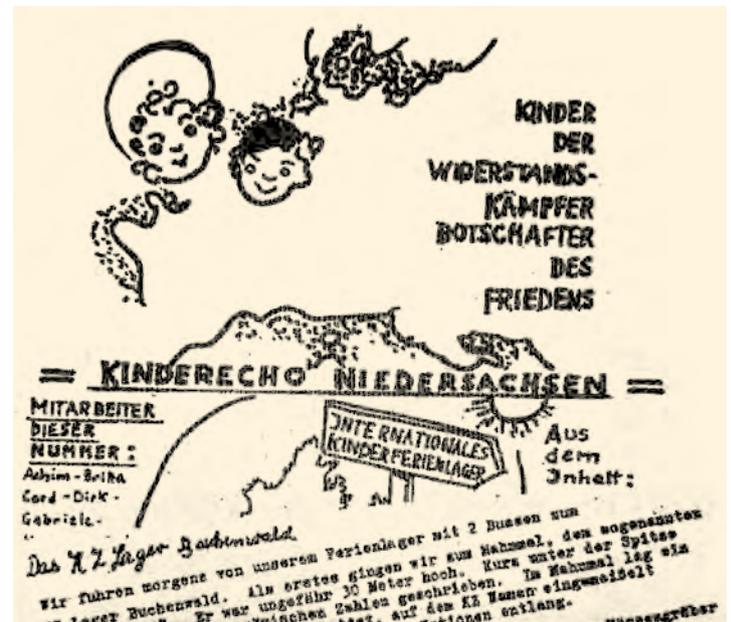


Zu den Ferien- und Erholungsreisen kamen regelmäßige Veranstaltungen und Feste, bei denen natürlich die antifaschistische Erziehung und der Kontakt mit Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern eine wesentliche Rolle spielten.

„Viele der im antifaschistischen Geist Erzogenen wurden später aktive Mitglieder der VVN – Bund der Antifaschisten.

Die Erfahrungen, die wir und die Landesvereinigung Saar mit dieser Arbeit gesammelt haben, schlug sich im Antrag der VVN Niedersachsen auf dem Bundeskongress im Mai 1967 nieder, junge Menschen in die VVN aufzunehmen und wurde 1971 mit der Erweiterung der VVN zum Bund der Antifaschisten zum festen Bestandteil der Arbeit unserer Organisation.“ (Werner Müller, ebd.)

Regelmäßig erschien die Zeitung „Kinderecho“ mit Berichten und Artikeln von Kindern aus den einzelnen Kreisen. Lotte Baumeister und Gertrud Schröter sorgten für Gestaltung und Technik.



# 6.

## Die VVN in der Friedensbewegung

Die VVN war von Anfang an mitten in der Bewegung gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Teil dieser Bewegung war die Organisierung einer Volksbefragung gegen die Remilitarisierung. Dagegen ging die Bundesregierung mit großer Härte vor. Strafbestimmungen über Hochverrat und Staatsgefährdung wurden 1951 wieder in das Strafgesetzbuch aufgenommen und als Waffe gegen die Friedensbewegung eingesetzt. Bereits 1951 wurde die freie Deutsche Jugend (FDJ) verboten. Am 11. Mai 1952 wurde der junge Kommunist Philipp MÜLLER auf einer Friedensdemonstration erschossen. Es folgten die bereits umrissenen Repressionen und Verbotsverfahren.

1957 erhielt die Friedensbewegung durch den Göttinger Appell der achtzehn Atomwissenschaftler einen neuen Impuls. Es entwickelte sich eine breite Massenbewegung gegen die atomare Bewaffnung. Seit 1960 fanden in Deutschland nach dem Beispiel der Ostermärsche in England unter Beteiligung der Antifaschisten solche Märsche auch in Deutschland statt. An den ersten Märschen in Norddeutschland nahmen etwa 1000 Menschen teil. Sie nahm aber bald Massencharakter an.

Ostern 1968 waren 300.000 Menschen auf der Straße. Aus der Kampagne für Abrüstung war die Kampagne für Demokratie und Abrüstung geworden. Die Bewegung konnte zwar den Beschluss der Bundesregierung zur Ausrüstung der Bundeswehr mit sogenannten taktischen Atomwaffen und die Beschaffung der entsprechenden Trägersysteme nicht verhindern. Die Sprengköpfe selbst gelangten aber dank der Bewegung und ihrer breiten internationalen Unterstützung nie in bundesdeutsche Verfügungsgewalt.

Im Zuge der Politik der ‚Ost-West-Entspannung‘ und der Regelung des Verhältnisses der Bundesrepublik zur UdSSR und den anderen Mitgliedern des Warschauer Vertrags durch Verträge im Jahr 1970 ergriff die VVN-BdA die Initiative zu einer Kampagne für ein Gesetz zur Sicherung des Friedens. In seiner Rede vom 12.8.1970 stellte der damalige Landesvorsitzende Ludwig Landwehr die Grundgedanken dieser Kampagne dar:

„Der Wert solcher Verträge wird bestimmt von der inneren Entwicklung der Bundesrepublik selbst. Verträge sind eine Sache, eine andere ist ihre Realisierung, die davon abhängt, welche Kräfte die Politik der Bundesrepublik bestimmen.

Eine wirkliche Entwicklung zur Politik der Entspannung, Verständigung, Abrüstung und Frieden wird sich nur dann vollziehen, wenn die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik sich frei und ungehindert entfalten können und so stark werden, dass sie die Kiesinger, Strauß ... und die Revanchisten und Neonazisten ... mit ihrem Einfluss zurückdrängen können.

... Die Regierung der Bundesrepublik hat dazu einen Verfassungsauftrag aus dem Grundgesetz, der seit über 20 Jahren auf Erfüllung wartet: Die Schaffung eines Gesetzes zum Schutze des Friedens. In diesem Gesetz muss unter Strafe gestellt werden, wer zum Kriege hetzt und wer territoriale Ansprüche gegen andere Staaten erhebt. Die amtlichen Zuschüsse für revanchistische Organisationen sind zu streichen und Ostbüros, die die Einverleibung der DDR zum Ziele hatten, sind aufzulösen.“ (MTB Nr. 12, Okt. 1974)



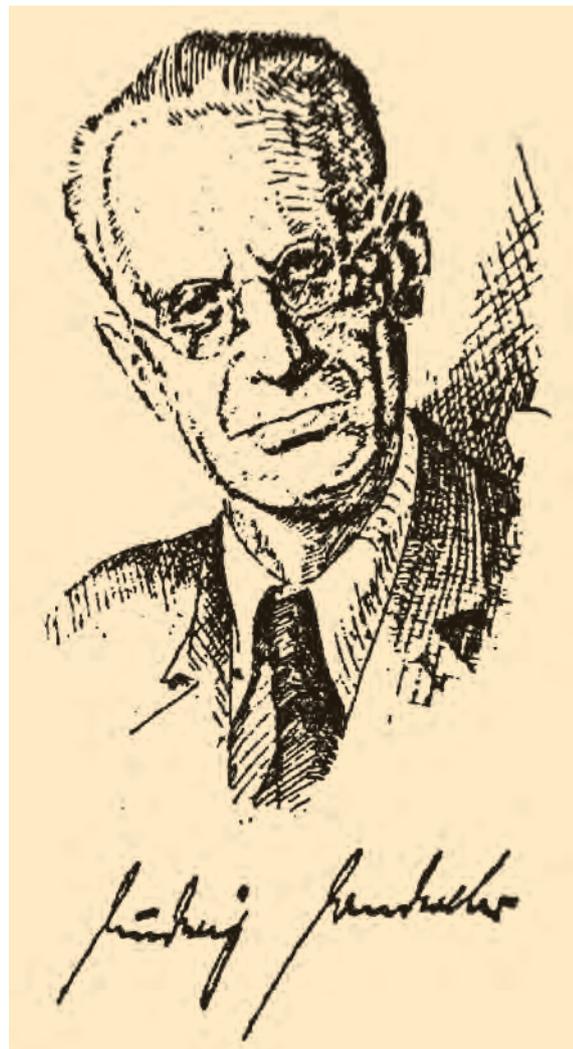
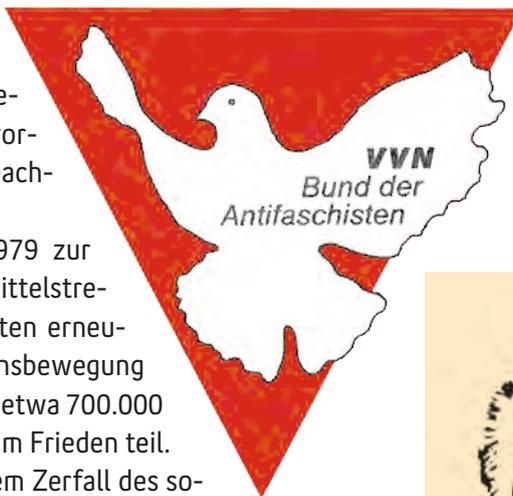
Die Kampagne kam zunächst nur langsam in Schwung. Zum Antikriegstag 1974 konnten dem 7. Deutschen Bundestag jedoch immerhin 20 000 Unterschriften vorgelegt werden, die jedoch dort keine Beachtung fanden.

Mit dem Nato-Doppelbeschluss von 1979 zur sogenannten Nachrüstung mit neuen Mittelstreckenraketen und dem dadurch ausgelösten erneuten Rüstungswettlauf erlebte die Friedensbewegung einen großen Aufschwung. 1983 nahmen etwa 700.000 Menschen an verschiedenen Aktionen zum Frieden teil. Mit der sog. Wende in der UdSSR und dem Zerfall des sozialistischen Lagers hofften viele Menschen auf allgemeine Abrüstung und eine ‚Friedensdividende‘.

Während des 1. Golfkrieges und im Zuge der wachsenden Beteiligung der Bundeswehr an Einsätzen außerhalb Deutschlands nahm die Friedensbewegung einen neuen Aufschwung und die Zahl der Ostermarschierer stieg wieder an.

Einen Höhepunkt erreichte die Friedensbewegung angesichts der Vorbereitungen der USA zum 2. Golfkrieg. Sie agierte in vorher nicht da gewesenem Ausmaß global. Auf der ganzen Welt fanden Demonstrationen statt. Am 15. Februar 2003 waren über 10 Millionen Menschen in Bewegung, die meisten davon in Europa. In Berlin gingen etwa 500.000 Menschen auf die Straße. Am „Tag X“ des Beginns der Bombardierung demonstrierten erneut weltweit Millionen Menschen. In vielen deutschen Städten nahmen Schüler während der Schulzeit daran teil.

Inzwischen ist die Beteiligung der Bundeswehr an weltweiten Kriegseinsätzen zur traurigen Regel geworden. Den Widerstand dagegen zu verbreitern und zu vertiefen ist eine beständige Aufgabe, zu der die VVN-BdA ihren Beitrag leistet.



Ludwig Landauer

## Frieden

Wie in den Jahrzehnten zuvor hat sich die VVN-BdA Nie-

dersachsen meist in Bündnissen für das Thema Frieden stark gemacht, so bei den zahlreichen Ostermärschen, auf Demonstrationen gegen die Kriege in Afghanistan oder Syrien. Aktuell im Jahr 2022 treten wir für einen Waffenstillstand in der Ukraine als Voraussetzung für Verhandlungen ein. Als Teil der Friedensbewegung stehen wir für den Aufruf „Abrüsten

statt Aufrüsten“ und setzen uns gegen Waffenexporte ein. Kanzler Scholz ist plötzlich auch für Waffenlieferungen in die Ukraine. Dabei gab es einmal einen Grundsatz der Politik: „Keine Waffen in Kriegs- oder Krisenbiete!“

Es gibt Menschen, die sich für den Frieden wirklich verdient gemacht haben, das sind die, die den Kasseler Friedensratschlag am Leben halten.

Seit einigen Jahren habe ich mich als Vertreter VVN-BdA daran beteiligt und Ergebnisse in die Landesvereinigung eingebracht.



Bei der Gedenkfeier auf dem sowjetischen Friedhof Hörsten, 24.4.2022,  
Foto: Doris Artelt

Letztes Jahr fand das Treffen „Online“, im Jahr 2020 auf Grund der Pandemie gar nicht. Es ist zu hoffen, dass die Veranstaltungen in diesem Jahr wieder normal stattfinden können.

Seit einigen Jahren, kurz vor Weihnachten, wird eine sog. „Weihnachtsanzeige“ organisiert. Sie hat zum Motto: „Frieden schaffen ohne Waffen“; die VVN-BdA Niedersachsen ist regelmäßige Unterzeichnerin. Die Anzeige erscheint in den Ausgaben der „Jungen Welt“ und dem „Neuen Deutschland“,

jeweils am 24.12.

Es gibt aber auch das bundesweite Treffen von Kameradinnen und Kameraden zum AK Frieden der VVN – BdA zum Erfahrungsaustausch aus den verschiedenen Bundesländern.

### Was ist Frieden?

Dazu habe ich drei Zitate von Persönlichkeiten der Zeitgeschichte gefunden:

- Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.  
WILLY BRAND
- Der ungerechteste Frieden ist immer noch besser als der gerechteste Krieg.  
MARCUS TULLIUS CICERO
- Es gibt keinen Weg zum Frieden,  
denn Frieden ist der Weg.  
MAHATMA GANDHI



## Europas größter Truppenübungsplatz Bergen

### Kriegsübungsplatz zur Biosphäre machen

Eroberung und Ausbeutung Osteuropas, Versklavung und Ausrottung der Menschen war von Anbeginn Ziel der Nazis (siehe Hitler in „Mein Kampf“). Kaum war 1933 den Nazis die Macht übertragen, rüsteten sie gewaltig auf. Zwischen Bergen und Fallingbostal wurde Europas größter Truppenübungsplatz (TrÜbPl) geschaffen. Trotz Widerständen wurden 3650 Menschen aus 25 Gemeinden ausgesiedelt. Hier wurde der Überfall auf die Sowjetunion (SU) trainiert. Unter dem Tarnnamen „Unternehmen Barbarossa“ begann am 22.6.1941 ein beispielloser Vernichtungskrieg, um Rohstoffe und „Lebensraum“ im Osten.

### Krieg begann hier

27 Millionen Menschen der SU kostete dieser Krieg das Leben, die Hälfte davon Zivilbevölkerung. Sowjetische Kriegsgefangene verschleppte die Wehrmacht bis in die Heide. An den Bahnrampen Bergen und Fallingbostal wurden Panzer zur Front verladen und hier kamen Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge an.

Im KZ Bergen-Belsen starben ca. 60.000 Menschen. Das Stammlager (Stalag) XI B Fallingbostal/Oerbke war für Kriegsgefangene aus westlichen Staaten. Mit Beginn des Überfalls auf die SU wurden gefangene Rotarmisten auf diesem Kriegsübungsplatz in 3 Lagern – meist unter freiem Himmel – hinter Stacheldraht eingesperrt. Unter der Verantwortung der Wehrmacht starben an Hunger, Seuchen, den



Friedliche Besteigung von Panzerschrott 2015.  
Foto: Arne Hilbich

Unbilden des Wetters und direkten Ermordungen in Wietzen-  
dorf mindestens 16.000, Bergen-Belsen (Hörsten) 19.580 und  
Oerbke mind. 14.000 Rotarmisten. Bis Februar 1942 waren  
90% der Gefangenen elendig verreckt. Politische Kommis-  
sare, Juden und Asiaten wurden extra aussortiert und in KZs  
erschossen oder vergast.

Als 1942 Zwangsarbeitende in Industrie und Landwirtschaft  
gebraucht wurden, verbesserte sich die Ernährung etwas.  
Das Massensterben flaute ab, endete aber nicht. Erstaunlich  
ist, dass sich in Lagern und bei Zwangsarbeit sowjetische Wi-  
derstandsgruppen bildeten. Z.B. brachten Gefangene aus den  
Heidelagern im Hannoveraner Eisen- und Stahlwerk einige  
Male große Hebekräne zum Entgleisen und produzierten un-  
brauchbare Panzerketten.

### Massensterben – Zwangsarbeit – Widerstand

Nach der Befreiung im April 1945 richteten Überlebende und  
eine von der sowjetischen Militäradministration eingerichtete  
Kommission die Friedhöfe der sowjetischen Kriegsgefangenen  
her und bauten Denkmäler. So war auf dem 5 Meter hohen  
Mahnmal in Oerbke in russischer Sprache zu lesen: „Ihr seid



Diese Kaserne in Oerbke ist vollgestopft mit US-Kriegsgerät fürs Großmanöver DEFENDER EUROPE2020. Der Protest der Friedensaktion Lüneburger Heide im Februar 2020 ist hier eigentlich nicht erlaubt.

Foto: Helmut Maneke

gefallen, aber wir, die lebenden Zeugen, werden nie die Folter der Henker vergessen und unserem großen Volk erzählen über den Zorn der von den Faschisten ermordeten Menschen“. Und „Für die Opfer der Erschießungen, des Hungers und schrecklicher Folter – für die Sowjetmenschen, die von faschistischen Greueln zu Tode gemartert wurden. Von den Kameraden, die am Leben geblieben sind.“

Zur Pflege des Friedhofs wurde Fallingbostels Bürgermeister verpflichtet. Die Verantwortung wurde in der Folge an verschiedene Stellen weiter gereicht. Es mehrten sich amtliche Schreiben, die das Denkmal für baufällig erklärten. Statt zu sanieren wurde es schließlich 1964 abgerissen. Es war Kalter Krieg. Ersetzt wurde das Ehrenmal durch eines mit der Inschrift: „Zum Gedenken an die hier ruhenden vielen tausend sowjetischen Soldaten, die in der Kriegsgefangenschaft verstorben sind.“

Statt von Erschießungen, Hunger und Folter ist bis heute auf dem Denkmal „verstorben“ zu lesen. Das neue Monument ist nach der Idee des Künstlers Klaus Seelenmeyer gebaut. Er hatte zuvor 2 Flieger-Ehrenmale für das verbrecherische Kampfgeschwader 26 der Nazi-Luftwaffe in Lüneburg und Geisenheim geschaffen.

### Unseliger Seelenmeyer

Nach einer Gedenkfeier mit VertreterInnen aus mehreren Staaten und 1500 Deutschen auf dem sowjetischen Kriegsgefangenenfriedhof Bergen-Belsen (Hörsten) schreibt die VVN am 9.10.1967 an die niedersächsische Landesregierung: „Als Bürger von Niedersachsen haben wir uns schämen müssen, als wir an dieser Grabstätte der 50000 die Trostlosigkeit der Gräber und die Einfallslosigkeit der verantwortlichen Verwaltung für diese Grabstätten gesehen haben. Es ist allen Teilnehmern und auch den Auslandsdelegationen sehr schwer ums Herz gewesen, als sie diese Stätten gesehen haben, die nicht einmal an den Zuwegennennentlich gemacht sind. Man bekommt den Eindruck, als wollte man hier faschistische Schande vergessen lassen.“



TrübPlatz-Tour 3.10.2020, hier in Ostenholz vorm Wünninghof, der 2021 trotz Widerstände von der BIMA abgerissen wurde.

Foto: Angelika Jankowski



Wie der Erinnerung an Wehrmachtsverbrechen Hindernisse in den Weg gelegt wurden, beweist u.a. das Ereignis am 8.5.1985. Am 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus wollte der DGB auf dem Kriegsgefangenenfriedhof Oerbke eine Gedenkfeier durchführen. Der Kommandeur des TrÜbPl untersagte das wegen „nicht aufschiebbarer“ Manöver. Das Gedenken fand ersatzweise am Bahnhof Fallingbostel statt. Aufgrund vorausgegangener Proteste wurde allein dem DGB-Kreisvorsitzenden ge-



währt, seinen Kranz unter militärischer Begleitung zum Friedhof zu fahren. 30 Menschen wanderten durch den Wald dahin. Nahe dem Friedhof trafen sie auf Bundeswehrosoldaten im Gebüsch und in Erdlöchern. Die Soldaten gaben an, nur noch wegen der Gedenkfeier dort zu sein, da das Manöver eigentlich schon vor 2 Tagen beendet gewesen sei.

### **Faschistische Schande vergessen lassen**

Vielerlei Behinderungen zum Trotz engagieren sich seit Anfang der 1980er Jahre lokale Initiativen für die Erforschung dieser Geschichte. Die Bremser können nicht mehr verhindern, dass die hiesigen Verbrechen der Wehrmacht Thema der Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten, der internationalen Jugendarbeit des Landesjugendring, der AG Bergen-Belsen, des Fallingbosteler Bündnis AG „Weg des Erinnerns“, der Gewerkschaften, der VVN/BdA und von anderen sind.

Drei Forderungen sind für Gewerkschaften, Initiativen und VVN/BdA jetzt aktuell:

Truppenübungsplatz-Erkundungstour am 27.12.2021 vor dem ehemaligen Gasthaus „Onkel Nickel“, in Ostenholz. Hier gastierte John Lennon 1967 beim Dreh des Antikriegsfilms „How I won the war“. Foto: Jörg Teichfischer

1. Das große Gebäude der ehemaligen Entlassung in Oerbke muss der Bundeswehr entzogen werden und zum antifaschistischen Veranstaltungsort werden. Das müsste leicht zu machen sein, da das Militär das Gebäude gar nicht nutzt.
2. Der riesige TrÜbPl dient seit dem Großmanöver Defender2020 wieder neuem Säbelrasseln gegen Russland. DGB und ver.di-Bundeskongress fordern stattdessen eine neue Wirtschaftsstruktur und die „muss sozial, ökologisch, nicht-militärisch“ sein – oder wie die Bürgerinitiative sagt, zum UNESCO-Biosphärengebiet werden.
3. Die Menschen in den bewohnten Dörfern des TrÜbPlatz (Ostenholz, Oerbke usw.) müssen endlich ganz normale kommunale Rechte bekommen, um sich z.B. gegen Häuserabriss und Ausweitung des Militärs wehren zu können.





Aktion am 14.11.2021 nach einer Explosion bei Rheinmetall Unterlüß

Foto: Doris Artelt

Europas größter Truppenübungsplatz ist bis heute Kriegstrainingsplatz. Von hier zog z.B. die British Army nicht nur in Kriege um Öl. Bundeswehr-Auslandseinsätze vor allem mit Panzern werden hier geübt. Es gibt ein gern genutztes Übungsdorf und viele Schießbahnen. Selbst Singapur führt hier Panzerübungen durch. Der größte Bundeswehr-Heeresstandort Munster ist sehr nah und auch Rheinmetall-Unterlüß nur wenige Kilometer entfernt. Die Friedensbewegung hat hier viel zu tun im am stärksten militarisierten Gebiet Deutschlands.

Quellen u.a.:

- Vera Hilbich: Der „Friedhof der Namenlosen“ in Oerbke
- B. Meier, D. Gieseke, Hans A. Hillmann: „Russenlager – Materialien für den Unterricht“
- Veröffentlichungen von Dr. Rolf Keller, Stiftung niedersächsische Gedenkstätten



Mahnwache vorm Wahlkreisbüro Walsrode des MdB Klingbeil/SPD-Vorsitzender 4.12.20, Foto: Helmut Maneke

# 7.

1947 – 2007:

## Geschichtsarbeit und Gedenkstätten

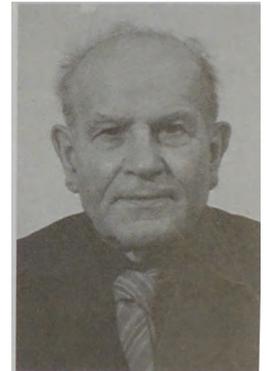
Zu den vornehmsten Aufgaben der VVN gehörte von Anfang an die Aufklärung über die Verbrechen des Faschismus und die dafür Verantwortlichen. Gleichzeitig galt es, die Geschichte der Widerstandsbewegung in Europa wach zu halten. Im Verlauf des ‚Kalten Krieges‘ wurden dem zunehmend Hindernisse in den Weg gestellt. Mit der Gleichsetzung des ‚Nationalsozialismus‘ mit dem Kommunismus in der ‚Totalitarismustheorie‘ versuchten die „herrschenden Kreise ...“, ihre Schuld und ihren direkten Anteil am Aufstieg des Faschismus zu verschleiern“, seine Ursachen „auf die Psyche Hitlers abzuwälzen und zugleich ein ideologisches Abwehrsystem gegen Forderungen nach Demokratie zu errichten“. Insbesondere die Lehrpläne und die Geschichtsbücher wurden nach diesem Schema festgelegt. Die VVN setzte sich mit dieser Entwicklung intensiv und detailliert auseinander. Dabei musste sie 1966 u.a. die Feststellung treffen, dass der „Widerstand der Arbeiterbewegung, der schon vor 1933 begann und wirksam war, ... in den Lehrbüchern keinen Platz (findet) ... Unsere Schulen leiden nicht nur unter einem materiellen Notstand, sie leiden auch unter einem politischen Notstand“. Die Vereinigung ergriff zahlreiche Initiativen, um dem herrschenden Geschichtsbild die historischen Tatsachen entgegen zu stellen. Das von ihr vorgelegte Material fand in Kreisen der Wissenschaft und der Schulbuchverlage durchaus Beachtung, das niedersächsische Kultusministerium erklärte sich jedoch für unzuständig, so dass keine grundsätzliche Revision erfolg-

te. Schulbuchautoren, so wurde immer wieder eingewandt, könnten die vorhandenen Schulbücher nur revidieren, wenn Wissenschaftler die vorhandenen Dokumente in Zusammenarbeit mit den Widerstandskämpfer/innen erforschen und aufarbeiten würden. Die Kultusministerien der Länder sahen sich aber nicht in der Lage, solche Gremien zu finanzieren. In den Schulen stieß das Thema jedoch auf wachsendes Interesse. Hanna ELLING berichtet:

*„Das Ratsgymnasium Hannover lud Widerstandskämpfer ein, vor dem politischen Arbeitskreis der Schüler zu sprechen. Die Kameraden August Baumgarte und Pfarrer Ferd. Hellmich führten ein Diskussionsgespräch vor 40 Schülern und sieben Lehrern. Inzwischen besuchten in den folgenden Jahren bis heute viele Widerstandskämpfer\*innen Schulklassen und Jugendorganisationen und berichteten über ihre Erfahrungen und Erlebnisse.“ (s. „40 Jahre“ S. 22)*

In den folgenden Jahren gewannen solche Gespräche mit Zeitzeug\*innen immer mehr an Bedeutung. In Schulen, Freizeitheimen, Geschichtswerkstätten und auf antifaschistischen Stadtrundgängen waren unsere Kamerad\*innen unermüdlich aktiv. Gertrud SCHRÖTER, Herta DÜRRBECK, Grete HÖLL, Gerda BERNDT, Hermann WALLBAUM und Paul WUNDER seien hier nur genannt. Als Referenten bei Bildungsveranstaltungen und Seminaren ihrer Gewerkschaften waren Fritz MAIWALD, Käte BRENNER, Kurt und Emmi BAUMGARTE, Herta DÜRRBECK und Gertrud SCHRÖTER oft im Einsatz.

1970 begann die Geschichtskommission Niedersachsen in Zusammenarbeit mit dem ‚Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstands 1933 – 1945 e.V.‘ mit der Vorbereitung der Ausstellung ‚Antifaschistischer Widerstand 1933 – 1945‘. Sie wurde am 7.3.1971 unter



Verantwortung des ‚Studienkreises‘ in Frankfurt eröffnet. Sie umfasste siebzig große Stelltafeln. Unter großen finanziellen Opfern und nach Überwindung zahlreicher organisatorischer Schwierigkeiten konnte sie vom 25.5. – 26.5. auch in Hannover gezeigt werden. Sie erfuhr bei den Besuchern und in der Öffentlichkeit große Resonanz. Auf ihrer Grundlage wurde eine ständige Wanderausstellung entwickelt, die laufend durch örtliches Material ergänzt wurde. So hat die Arbeit der Geschichtskommission „sicher dazu beigetragen, die Möglichkeiten der Zu-



sammenarbeit mit allen Demokraten im Sinne der Bewältigung der Vergangenheit und der Sicherung einer friedlichen Zukunft aufzuzeigen“ (Hanna Elling, ebd. S. 23).

Von 1973 bis 1983 zählte die Ausstellung fast 70 000 Besucher, darunter fast 1 000 Schulklassen. Zu ihr wurde ein 32-seitiger Katalog erstellt. Neben den positiven Reaktionen blieben jedoch auch wütende Angriffe nicht aus. Selbst im Bericht des Verfassungsschutzes wurde sie erwähnt. (vgl. Werner Müller, ebd. S. 26).

Eine wichtige Rolle spielte die Zusammenarbeit mit Gruppen von Widerstandskämpfern in anderen europäischen Ländern. Über Fritz MAIWALD gab es Kontakte nach Marienbad (CSSR) zum Gedenken an die Ermordung Theodor LESSINGS. Es gab auch Kontakte nach Perpignan, der Partnerstadt Hannovers. Mit Dieppe gibt es seit den 80er-Jahren eine enge

Verbindung. Sie bestand zunächst mit Hannover-Land als Partnerregion und verlagerte sich dann nach Braunschweig. Andere Beziehungen entwickelten sich über die Lagerkomitees. Schon in den 60er Jahren führte die VVN Niedersachsen an der Gedenkstätte Bergen-Belsen und Hörste Veranstaltungen mit sowjetischen Kriegsveteranen durch, lange bevor dies in Niedersachsen offiziell geschah. 1985 wurde das ehemalige Lager Bergen-Belsen durch Beschluss des Niedersächsischen Landtags zur zentralen Gedenkstätte erhoben. Bis dahin war das offizielle Interesse an dieser schrecklichen Hinterlassenschaft des Faschismus eher begrenzt. Gedenkveranstaltungen der VVN allerdings erfreuten sich intensiver amtlicher Beachtung: „Wenn unsere VVN – als DIE Verfolgtenorganisation – dort zu bestimmten Anlässen Gedenkfeiern abhielt, dann waren gewisse Herren vom Verfassungsschutz schon längst vor uns da. Sie erwarteten uns, nicht, um mit uns der Umgebrachten zu gedenken, sondern um die Teilnehmer wie Kriminelle im Bilde festzuhalten. Sehr oft hatten wir ausländische Delegationen dabei, ehemalige Gefangene dieses Todeslagers, die sich schon wieder von gewissen Deutschen verfolgt fühlten.“ (Gertrud Schröter, „40 Jahre“, S. 33).



Verantwortung des ‚Studienkreises‘ in Frankfurt eröffnet. Sie umfasste siebzig große Stelltafeln. Unter großen finanziellen Opfern und nach Überwindung zahlreicher organisatorischer Schwierigkeiten konnte sie vom 25.5. – 26.5. auch in Hannover gezeigt werden. Sie erfuhr bei den Besuchern und in der Öffentlichkeit große Resonanz. Auf ihrer Grundlage wurde eine ständige Wanderausstellung entwickelt, die laufend durch örtliches Material ergänzt wurde. So hat die Arbeit der Geschichtskommission „sicher dazu beigetragen, die Möglichkeiten der Zu-



1966 wurde das ‚Dokumentenhaus‘ erbaut, das aber kaum geeignet war, das Informationsbedürfnis der Besucher zu befriedigen. (Geschmackvoller Weise wurde es übrigens vom damaligen Bundespräsidenten Heinrich LÜBKE eröffnet, einem Mann mit notorischen Erfahrungen mit dem Bau von Lagerbaracken.)



Angesichts des mangelnden offiziellen Interesses an der Gedenkstätte wuchs der VVN immer mehr die Aufgabe zu, Besuchergruppen aus dem In- und Ausland durch das Lager zu führen und mit seiner Geschichte vertraut zu machen. 1985 gründete sich schließlich die Arbeitsgemeinschaft Bergen-Belsen unter Mitwirkung der VVN-BdA. Sie unterbreitete der Landesregierung ein Konzept zur Erweiterung der Gedenkstätte und zur Überarbeitung der Ausstellung. Dies führte immerhin anlässlich des 40. Jahrestags der Befreiung des Lagers zu dem erwähnten Landtagsbeschluss. Jahrelang scheiterten die geplanten Maßnahmen jedoch vorgeblich an finanziellen Fragen. Auch heute noch ist das Verhältnis Landesregierung – Arbeitsgemeinschaft, aber auch das Verhältnis Arbeitsgemeinschaft – VVN-BdA in manchen Fragen ungeklärt. Zum Jahrestag der Befreiung des Lagers beteiligt sich die Vereinigung regelmäßig mit ihren traditionellen Fahnen an der offiziellen Gedenkfeier. Danach findet eine Gedenkstunde am Mahnmal in Bergen/Hörsten statt.

Auch andere Gedenkstätten gehen wesentlich auf die Initiative der VVN zurück, so besonders Esterwegen, Moringen, Salzgitter Jammertal und im Stahlwerk Salzgitter. Der größte Anteil lag bei August BAUMGARTE, Hanna ELLING, Irmgard PETRAS und Lotte MANNEL. In Peine bemühte sich Richard BRENNIG um die Gedenkstätte Herzberge. In Wolfsburg, Helmstedt und Braunschweig stand das Gedenken an die Zwangsarbeiter\*innen bei VW im Mittelpunkt, im Kreis Osterode die Außenlager von Dora-Mittelbau. In Braunschweig fanden die Gedenkveranstaltungen frühzeitig in Zusammenarbeit mit der IG Metall statt.

Auch die hannoverschen Erinnerungsstätten Stöckener Friedhof, Varta- Gelände, Lager Mühlenberg und Lager Deurag-Ne-rag entstanden unter Mitwirkung der VVN-BdA.

Auf die Initiative der Kreisvereinigung Hannover wurde das Mahnmal am ehemaligen Standort des Gerichtsgefängnisses Hannover am Raschplatz errichtet.

Als es nach langen Auseinandersetzungen eingeweiht wurde, sprachen OB Herbert SCHMALSTIEG und Herta DÜRRBECK. Jedes Jahr am Tag der Befreiung organisiert die VVN-BdA dort eine Gedenkveranstaltung.



Von besonderer Bedeutung für die Stadt und die Region Hannover ist Ahlem. Dort befand sich bis 1942 die Israelitische Gartenbauschule, die von der Gestapo geschlossen und in eine Sammelstelle für die Deportation der Juden in die Vernichtungslager umgewandelt wurde. 1943 wurde dort ein „Polizeiersatzgefängnis“ eingerichtet, in dem zahllose politische Gegner und Zwangsarbeiter terrorisiert wurden.



Ab November 1944 wurde nach Ahlem eine Außenstelle des KZ Neuengamme verlegt. Ein großer Teil der Häftlinge endete, soweit er nicht den brutalen Arbeitsbedingungen zum Opfer fiel, auf dem Todesmarsch nach Bergen-Belsen oder bei den Erschießungen auf dem Seelhorster Friedhof. Etwa 200 kranke Häftlinge wurden am 10. April 1945 von US-amerikanischen Truppen

befreit. Von 1987 bis 1994 wurde dort von einer Bürgerinitiative ein Mahnmal errichtet. (Vgl. Anschütz/Heike: „Wir wollten Gefühle sichtbar werden lassen“. (Bürger gestalten ein Mahnmal“, Bremen 2004; dies. „Die Erschießungen auf dem Seelhorster Friedhof“, Hannover 2005).

Einen wichtigen Anstoß dazu gab unser Kamerad Kurt BAUMGARTE. Mehrfach, zuletzt im Juni 2004, wurden Überlebende und ein amerikanischer Soldat, der an der Befreiung des Lagers beteiligt war, nach Hannover eingeladen. An den öffentlichen Veranstaltungen aus diesen Anlässen war die VVN-BdA beteiligt.



## Entwicklung der Mahn- und Gedenkarbeit (1945 – 2022)

### Ehemaliges KZ Bergen-Belsen:

Nach dem wegen Seuchengefahr notwendigen Niederbrennen der Baracken wurde zunächst ein ehemaliger Nazi mit der Gestaltung einer Erinnerungsanlage beauftragt.

Das erst 1966 errichtete „Dokumentenhaus“ entsprach von Beginn an weder wissenschaftlichen, geschweige denn pädagogischen Standards.

Es dauerte viele Jahre, bis einige Mitarbeiter\*innen eingestellt und Ansätze zu einer gedenkpädagogischen Konzeption entwickelt wurden.



1985 Gedenkstätte Bergen-Belsen: Befreiungsfeier.  
Foto: M. Hartung

Bevor die ‚Stiftung niedersächsische Gedenkstätten‘ 2007 gegründet wurde, haben wir als VVN mit der von Getrud Schröter gegründeten AG Bergen-Belsen bei Befreiungsfeiern am Obelisken das „Heft in der Hand“ gehabt. Wir zeigten unsere zeitkritischen Transpis, der Gewerkschaftschor ‚Gegenwind‘ sang kämpferische Lieder, die Redner\*innen bestimmten wir. Heute haben wir dort nichts mehr zu sagen, weil die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten als Trägerin der Gedenkstätten Bergen-Belsen und Wolfenbüttel die jetzt aufwändigen Gedenkfeiern organisiert und bezahlt (Einladungen von Zeitzeug\*innen, deren Angehörigen, Stiftungsratsmitglieder aus USA usw.). Allerdings: seit der Gründung der Stiftung und der Eröffnung des Dokumentationszentrums 2007 haben Gestaltung, Forschung und gedenkpädagogische Konzeption eine begrüßenswerte Entwicklung genommen.

### **Es gibt keinen Stillstand.**

Das Angebot der Stiftung, auf dem Sowjetischen Kriegsgefangenenfriedhof gemeinsam der Befreiung zu gedenken,



7.4.: Erinnerung an den Todesmarsch.  
Foto: Roland Hermstein

lehnten wir ab, denn wir wollten uns von ihr nicht möglicherweise vereinbar machen lassen. Wir möchten weiterhin den politischen Bündnischarakter der Mahn- und Gedenkveranstaltung selbst bestimmen.

### **Regionale Arbeit der VVN-BdA:**

Landesweit gilt bis heute: Kamerad\*innen der VVN-BdA sorgen vor Ort für Recherche, Erhalt und Kenntlichmachung von Grablagen, Todesmärschen, Erschießungsorten u.v.a.m. Die Stiftung unterstützt die regionalen Projekte finanziell. Wichtig ist auf diesem Weg, mit Bündnispartner\*innen wie Gewerkschaften frühzeitig zusammen zu arbeiten.

Thematisch hat sich die Erinnerungsarbeit immer wieder ausschließlich auf Drängen von unten entwickelt – abgesehen von einzelnen Forschenden: Zunächst galt es, die Vielfalt der Opfergruppen des Faschismus sichtbar zu machen (zeitlich vor Jüdinnen und Juden waren v.a. die politischen Menschen verfolgt, ebenso wie Roma und Sinti, Menschen mit Einschränkungen u.v.a.m.).

Wir gehörten zu den ersten, die auch nach den Tätern und Betrieben fragten, die vom Faschismus profitiert haben. In Bündnisarbeit entstanden bis heute unzählige Ausstellungen und Broschüren mit regionalen Recherche-Ergebnissen (insbesondere ist hier die KV Lüneburg zu nennen).

## An sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter\*innen erinnern – wo sind die Gräber geblieben?

Am 22. Juni 1941 hat Nazideutschland die Sowjetunion überfallen. Während der Zeit von 1941 bis zur Befreiung vom Faschismus im Mai 1945 mussten 4,7 Millionen Bürger\*innen der Sowjetunion als Zwangsarbeiter\*innen und als Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft arbeiten. Allein 1,9 Millionen sowjetische Kriegsgefangene mussten in deutschen Fabriken und in der Landwirtschaft Zwangsarbeit leisten.

Von den 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen starben 3,3 Millionen in deutscher Kriegsgefangenschaft. Etwa 3.350.000 Soldaten waren bereits 1941 in Gefangenschaft geraten, die Mehrheit von ihnen starb in jenem Winter an Hunger und Kälte. Sowjetische Soldaten jüdischen Glaubens und Politkommisare wurden sofort ermordet. Beide Gruppen wurden nicht als Kriegsgefangene behandelt.

Nachdem Nazideutschland mit dem „Blitzkrieg“ gegen die Sowjetunion scheiterte und Arbeitskräfte benötigt wurden, ließ man die Kriegsgefangenen nicht gleich verhungern oder erfrieren, sondern versorgte sie mit wenigen und minderwertigen Lebensmitteln, damit sie noch arbeiten konnten. Besonders aus den osteuropäischen Ländern wurden weitere Arbeitskräfte als Zwangsarbeiter\*innen in das Deutsche Reich verschleppt.

Blatt 2  
ITS 137

Stadt Duderstadt  
Kreis Duderstadt

Nr. 4  
HQ British Zone Division  
International Tracing Service  
922 I.R.O. Independent Team,  
Göttingen, Merkelstr.3

Betrifft: Fertigung einer Liste der auf dem Friedhof der Stadt Duderstadt bestatteten Toten nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, die in der Zeit vom 9.9.1939 bis 8.5.1945 verstorben sind (Getrennt nach Nationalitäten)

Ich, Leiter des Friedhofamtes der Stadt Duderstadt erkläre hiermit, dass auf Grund der von meiner Dienststelle geprüften Unterlagen folgendes zu melden ist:  
Nationalität: R u s s l a n d

Name: Vorname:	geb.am: geb.in:	Todestag Beerdig. tag	Erbbe- standes- Abt.Nr.	Standes- amt Reg.Nr.	Begräbnis hat ver- anlasst
✓ Kosenko, Nikola	2.11.25/ Mikopol	4.2.45/ 7.2.45	58/22	53/45/ Duderstadt	Fa.Falte Duderstadt
✓ Mychalukow, Johann	15.5.23/ Hlynbey-Ukraine	19.2.45/ 23.2.45	58/24	45/45/ Duderstadt	Arbeitsamt Duderstadt
✓ Stepaniuk, Wladimir	25.2.43/ Lindau	15.8.44/ ?	58/13	148/44/ Duderstadt	Fa.Polte Duderstadt
✓ Slinko, Ivan	27.10.18/ Gorsua	21.8.44/ 24.8.44	58/15	154/44/ Duderstadt	Fa. Schickert,Rhum- springe
✓ Krawtschenko, Wasili	9.10.41/ Borewitsch15. Poleek	12.10.44/ 15.10.44	58/16	182/44/ Duderstadt	Fa.Polte, Duderstadt
Molochow, Dimitrii	?	? 45	57/50	----	Bürgermeister Duderstadt
Polowin, Azim	?	? 45	57/51	----	Bürgermeister Duderstadt
Atochukow, Wasili	?	? 45	57/52	----	Bürgermeister Duderstadt
Antonguljaen, Gassi	?	? 45	57/53	----	Bürgermeister Duderstadt
Semenow, Anatoli	?	? 45	57/54	----	Bürgermeister Duderstadt
Wasiliew, Konstantin	?	? 45	57/55	----	Bürgermeister Duderstadt
Wowikow, Wasili	?	? 45	57/56	----	Bürgermeister Duderstadt
✓ Degoda, Iwan	20.9.44/ Duderstadt	31.1.45/ 2.2.45	58/21	27/45/ Duderstadt	Ww. AnnaStawnyshuk geb.Degoda Duderstadt
✓ Hauser, Wilhelm	8.2.42/ Neukron	25.2.45/ 28.2.45	10/401	55/45/ Duderstadt	Umsiedlungslager Duderstadt

Duderstadt, den 17. August 1949

Der Standesbeamte  
*Linnell*



Aufstellung der Stadt Duderstadt aus dem Jahr 1949. In der Liste sind russische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter.

### Gräbergesetz

In dem Gesetz über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft (Gräbergesetz) sind in §1 Ziffer 9 die Gruppe der Menschen, die vom 1. September 1939 bis 8.Mai 1945 zur Zwangsarbeit in Deutschland waren und verstorben sind, ausdrücklich erwähnt. § 2 des Gräbergesetz regelt, daß die vorgenannten Gräber auf Dauer bestehen müssen.

In fast jedem Dorf oder Stadt im damaligen Nazideutschland gab es sowjetische Zwangsarbeiter\*innen und Kriegsgefangene, die in Privathaushalten, Fabriken und auf Bauernhöfen Zwangsarbeit leisten mussten. Sie wurden aufgrund der NS-Rassenideologie wesentlich schlechter als die Zwangsarbeiter\*innen und Kriegsgefangenen aus den westalliierten Ländern behandelt. Aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen, mangelnder Versorgung und der fehlenden medizinischen Betreuung starben viele von ihnen. Die Toten sind dann damals auf den örtlichen Friedhöfen beerdigt worden. Sie sind häufig in Randbereichen der Friedhöfe und manchmal auch in Massengräbern beigesetzt worden. Es wurden Grabnummern und Sterbeurkunden erstellt und die Toten in die Friedhofslisten eingetragen. Die Toten der Westalliierten, insbesondere die toten Kriegsgefangenen, sind in der Regel exhumiert worden und entweder in ihre Heimatländer oder auf Ehrenfriedhöfe umgebettet worden. Die Toten aus den osteuropäischen Ländern sind nicht umgebettet worden. Ihre Gräber müssten jetzt eigentlich noch da sein.

Im Rahmen einer Veranstaltung der VVN-BdA Kreisvereinigung Göttingen im Jahr 2021 auf dem Göttinger Friedhof zum 80. Jahrestag des Überfalls Nazideutschlands auf die Sowjetunion ist festgestellt worden, dass die Gräber von über 200 sowjetischen Zwangsarbeiter\*innen nicht mehr vorhanden sind. Es gibt Dokumente aus dem Arolsen Archiv-online, die Beerdigungen mit Grabnummern auf dem Friedhof belegen. Auf Nachfrage bei der Stadt Göttingen wurde der VVN-BdA mitgeteilt, dass es in den 70er-80er Jahren „Umbettungen“ gegeben hat. Der Begriff „Umbettungen“ ist eine Beschönigung für die Tatsache, dass die Gräber einfach entfernt worden sind. Die Räumung der Gräber hat tausendfach in der Bundesrepublik stattgefunden. Besonders auf den kleinen Friedhöfen, wo es „nur „einzelne Gräber am Rand der Fläche“ gab, sind die Gräber beseitigt worden. In Göttingen soll jetzt eine Gedenktafel mit den Namen der Zwangsarbeiter\*innen auf dem Stadtfriedhof aufgestellt werden. Das sollte das Mindeste sein.

#### Eine großartige Quelle für unsere Geschichtsarbeit – Arolsen-Archiv

Es gibt das „Informations Zentrum über NS-Opfer – Arolsen Archives „unter der Internetadresse <https://arolsen-archives.org>, ein seit kurzem öffentlich zugängliches Archiv, das die Unterlagen auch von anderen Archiven digital zur Verfügung stellt. In dem Archiv sind Hinweise auf 17,5 Millionen Menschen, die Opfer des deutschen Faschismus sind. Es sind die Unterlagen des Internationalen Suchdienstes, die digital aufgearbeitet worden sind.

Der Umgang mit dem Archiv ist einfach. Nachdem man mit einem Klick die Nutzungsbedingungen akzeptiert hat, gibt es die Suchmöglichkeit nach Personen oder Themen. Über diese Funktion werden zum Beispiel alle bekannten Namen von Zwangsarbeiter\*innen, die an einem Ort waren, aufgeführt. Die Quellen der Angaben sind als Dokument vorhanden.

#### Zwei Beispiele:

Man kann auf Listen aller Zwangsarbeiter\*innen und Kriegsgefangenen, die es in einer Stadt oder Gemeinde gegeben hat, zurückgreifen. Grundlage hierfür sind die Meldeunterlagen der damaligen Krankenkassen (AOK).

In den Jahren 1945/46 haben die alliierten Stellen Befragungen bezüglich der vorhandenen Kriegsgräber, also auch der Zwangsarbeiter:innengräber durchgeführt. Hierzu wurden die lokalen Bürgermeister:innen angeschrieben. Deren Antworten sind als Dokumente verfügbar und können ausgedruckt werden.

Aus den Antworten der Bürgermeister:innen kann entnommen werden, wo die Gräber kurz nach Ende des II. Weltkrieges vorhanden waren. Bitte vergleicht diese Unterlagen mit dem, was heute noch zu sehen ist. Einfach einmal über den örtlichen Friedhof gehen. Ein großer Teil der Gräber ist in den letzten Jahrzehnten weggeräumt worden.



## Berichten, wie es war! Ruth Gröne

Ruth Gröne, im verhängnisvollen Jahr 1933 geboren in einer jüdischen Familie, hat viel zu erzählen, von ihren eigenen Erlebnissen unter der Herrschaft der Nazi-Faschisten, dem Schicksal ihrer Familie, besonders ihres geliebten Vaters Erich Kleeberg! Ihre Lebensgeschichte wurde in der Schriftenreihe der

Gedenkstätte Ahlem in einem sorgfältig und schön gestalteten Band beschrieben. Er wurde jüngst in unserem Magazin, der antifa, besprochen (Nr. 3, S.28). Es kann hier also nicht darum gehen, von dieser Geschichte erneut zu berichten. Hier geht es um ihre Verbindung zu unserer Landesvereinigung – besonders zu der Kreisvereinigung Hannover. Denn seit dem 15. Juni 2014 ist Ruth unserer Ehrenmitglied, unsere Kame-

radin! Wie es dazu kam, dass sie uns diese Ehre erwies und warum diese enge Verbindung bis heute Bestand hat, davon soll hier die Rede sein.

Nach Jahren des Schweigens über die schrecklichen Erlebnisse ihrer Kindheit und Jugend – eng verbunden mit der Umgebung ihres späteren Wohnsitzes in Hannover-Ahlem – hatte sie sich entschlossen, aktiv zu dem Kampf gegen das Vergessen beizutragen. Sie tat es in vielen Berichten in Schulen, und sie war die treibende Kraft in der Arbeitsgemeinschaft Bürger gestalten ein Mahnmal, deren Ziel es war, in Ahlem eine



Die Gedenkstätte in Ahlem.  
Foto: Reinhold Weismann-Kieser

würdige Gedenkstätte zu errichten an dem Ort, einem Außenlager des KZ Neuengamme, an dem Hunderte von Zwangsarbeitern zu Tode geschunden wurden.

Sie sollten dort in einem Asphaltstollen eine bombensichere Produktionsstätte für die Continental graben.

Ruth hatte einen besonderen Bezug zu diesem Ort des Schreckens, da sie in unmittelbarer Nachbarschaft Zuflucht vor den Bomben fand, als sie in dem Ahlemer Ju-

denhaus mit ihrer Familie interniert war.

Das Mahnmal, das dann errichtet wurde, zählt nun zu den würdigsten Gedenkortern Hannovers! Regelmäßig organisiert der Arbeitskreis dort eindrucksvolle Gedenkstunden am 27. Januar, am 10. April, dem Tag der Befreiung dieses Lagers und am Volkstrauertag. Zu Überlebenden des Lagers, deren Familien und einem Veteranen der US-Armee, der die Befreiung

dokumentiert hatte, wurden stabile Beziehungen aufgebaut und Besuche organisiert.

Der Arbeitskreis hat jedoch weitere Projekte: Das eigentliche Lagergelände, das sich neben dem Mahnmal befindet, ist zwar nicht mehr vollständig verfügbar, der verbliebene Teil erhielt

aber den Status eines Bodendenkmals. Mit finanzieller und organisatorischer Unterstützung der Landeshauptstadt wird dort ein Gedenkort entstehen, wo noch erkennbare Reste sichtbar gemacht und die Organisation und Struktur des Lagers wie der schreckliche Alltag der Häftlinge auf Tafeln dargestellt werden sollen.

Aber auch die Kreisvereinigung Hannover ist diesem Ort verbunden: Unser Ehrenmitglied Kurt Baumgarte – selbst Bürger Ahlems – hatte schon früh durch Flugblätter auf dieses Lager aufmerksam gemacht. Später wurde dort eine Gedenktafel errichtet – die allerdings bald wieder spurlos verschwand ...

Die Kreisvereinigung hatte es sich regelmäßig zur Aufgabe gemacht, zu den Gedenktagen an Stätten der Erinnerung Blumengebinde niederzulegen. Das Mahnmal in Ahlem wurde bald darin einbezogen. So kam es zu regelmäßigen Begegnungen mit Ruth, aus denen ein freundschaftliches Verhältnis zwischen dem Arbeitskreis und der Kreisvereinigung erwuchs. Diese beständige Zusammenarbeit machte dem Vorstand der Kreisvereinigung Mut, Ruth die Ehrenmitgliedschaft in der Landesvereinigung anzutragen. Wir danken ihr, dass sie einverstanden war!



Ruth Gröne und Reinhold Weismann-Kieser.  
Foto: Privat



Ruth Gröne.  
Foto: Reinhold Weismann-Kieser

# 8.

## Die VVN/BdA im Bündnis gegen Neofaschismus und Rassismus

Seit ihrem Bestehen musste sich die VVN mit alten und neuen Faschisten auseinandersetzen. Die fortschreitenden restaurativen Tendenzen im Zuge der Westanbindung und Remilitarisierung boten den nationalistischen und revanchistischen Kräften in der Bundesrepublik beste Entwicklungsmöglichkeiten. Frühzeitig entstanden auch Parteien, die mehr oder weniger offen ideologisch und personell an die Partei der Nazi-Faschisten anknüpften. Die „Sozialistische Reichspartei“ wurde zwar 1951 verboten. Dies diente der Bundesregierung aber vorwiegend zur Rechtfertigung des gleichzeitig vorbereiteten KPD-Verbots. Die Rehabilitierung alter Faschisten in Wirtschaft, Justiz, Verwaltung und Militär ging unvermindert weiter. Der Revanchismus („Deutschland in den Grenzen von '37“) war die gemeinsame Klammer aller Rechtskräfte. Der Kampf um die Legalität der VVN wurde immer offensiv auch gegen diese Politik geführt.

Als gegen Ende der 60er Jahre der revanchistische Konsens aufzuweichen begann und sich mit dem Antritt der SPD-FDP-Koalition eine realistischere Sicht der Weltlage durchsetzte, wurde die Verbindung zwischen national-konservativen und offen faschistischen Kräften immer enger. Von

der CDU/CSU über die Landsmannschaften und Vertriebenenverbände bis hin zur 1964 gegründeten NPD wurde eine wütende Hetze gegen die „Ostverträge“ und die Anerkennung der Westgrenze Polens entfacht. Mit der krisenhaften Wirtschaftsentwicklung am Ende der 60er Jahre erhielt die NPD erheblichen Zulauf und zog in viele Gemeinde- und immer wieder auch in Landesparlamente ein.

Gegen die Aktivitäten dieser Partei gab es eine breite Widerstandsbewegung, an deren Spitze die VVN zu finden war. Im Zuge dieser Bewegung wurde die Erweiterung der Vereinigung zum Bund der Antifaschisten vorbereitet und 1971 voll-

**Der NPD-Parteitag muß**  
**verboten werden!**

Der geschäftsführende Landesvorstand der VVN Niedersachsen hat sich am 14. Oktober 1967 mit dem von der NPD geplanten Bundesparteitag vom 10. bis 12. November 1967 in Hannover befaßt und beschloß nachstehendes:

**Aufruf an die demokratische Bevölkerung**  
Niedersachsens und insbesondere an die Bürger der Landeshauptstadt Hannover:

*[Handwritten signature]*

**Bürger Hannovers!**

**Wehret den Anlängen einer neuen nazistischen Gefahr!**  
Verhindert, wie die Nürnberger Bevölkerung, den beabsichtigten NPD-Parteitag in Hannover!

Demonstriert am 10. November 1967 mit allen Gewerkschaften, Jugendverbänden, Studenten der Hochschulen und allen demokratischen Kräften des Landes Niedersachsen in Hannover für

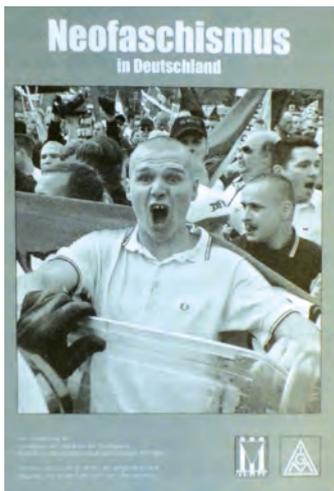
**das Verbot der NPD.**

Wir Verfolgte des Naziregimes und Widerstandskämpfer gegen Faschismus und Krieg wollen und werden nicht zulassen, daß dieser Staat den Nazis in die Hände fällt.

Hannover, den 14. Oktober 1967

Der Landesvorstand  
der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)  
Landesverband Niedersachsen





zogen. Seitdem gelang es die Kontakte zu Jugend- und Studentenbewegung auszubauen und viele junge Mitglieder für die Vereinigung zu gewinnen. Trotz der Verpflichtungen aus dem Grundgesetz waren die Behörden und Gerichte nicht bereit, den Aktivitäten der NPD Schranken zu setzen. Damals wie heute sah es die Polizei vielmehr als ihre Aufgabe an, die NPD vor Gegen-

demonstrationen zu schützen. Schon 1967 trat die VVN deshalb mit einem Aufruf zum NPD-Verbot an die Öffentlichkeit (s. Kasten).

Die VVN-BdA versuchte darüber hinaus zu einem öffentlichen Klima beizutragen, in dem die NPD-Wählerfolge der letzten Jahre nicht mehr möglich sein würden. Sie gründete Anfang 1971 eine Initiative „Verträge ratifizieren! Rechtskartell stoppen!“ Gemeinsam mit „Studenten, Gewerkschaftern, Jusos, christlichen Jugendverbänden und Widerstandskämpfern“ wurden in Hannover und Umgebung Tausende Unterschriften gesammelt und der Bundesregierung übergeben.

„Rechts „von der NPD traten immer wieder militante und gewalttätige Gruppen von Neonazis auf, deren Spuren sich bis heute in die „Freien Kameradschaften“ und die NPD verfolgen lassen. Beispielhaft war die FAP. Mit ihr verbanden sich Namen wie Michael KÜHNEN, Jürgen MOSLER und Jürgen RIEGER. Bei der offenen Anknüpfung dieser Organisation an die NSDAP hätte kein Grund bestanden, sie entsprechend den Forderungen der VVN-BdA umgehend zu verbieten. Sie konnte jedoch seit 1979 ihr Unwesen treiben und wurde erst 1995 nach langem Verfahren verboten.

Mit der Regierung KOHL verstärkte sich der rechtskonservative Einfluss auf die „liberale Mitte“ der Gesellschaft. Symp-

tomatisch dafür war der „Historikerstreit“ mit seinen Versuchen zur Geschichtsrevision und die Kranzniederlegung am Soldatenfriedhof in Bitburg gemeinsam mit Ronald REAGAN, wo neben amerikanischen Soldaten auch Angehörige der Waffen-SS begraben liegen. In der Auseinandersetzung damit entstanden aber auch viele Initiativen zur Erforschung der Lokalgeschichte der faschistischen Verbrechen und des Widerstands.



Mit der „Wiedervereinigung „erhielten die „Totalitarismustheorie“ aber auch nationalistische und rassistische Tendenzen neuen Auftrieb. Diese Entwicklungen zu analysieren, um ihnen wirkungsvoll entgegenzutreten zu können, wurde zur entscheidenden Aufgabe der VVN-BdA und anderer demokratischer Kräfte. Die Zeitschrift DER RECHTE RAND, 1989 auf Initiative und unter Leitung von Klaus HARBART gegründet, spielte dabei eine wichtige Rolle. Immer enger gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. In Zusammenarbeit mit der IG Metall und der Arbeitstelle Rechtsextremismus und Gewalt Braunschweig entstand eine erste Tafelausstellung „Neofaschismus in Deutschland“, die schon vielfach mit großem Erfolg gezeigt werden konnte.

2007 fand unter Mitwirkung der Kreisvereinigung Hannover die 10. Antifaschistische Sozialkonferenz statt. Jedes Jahr werden dort grundsätzliche und aktuelle praktische Fragen diskutiert. (s. Kasten)

Gedeckt durch das Versammlungsrecht und das Parteienprivileg versucht die NPD immer dreister ihren „Kampf um die Straßen und die Köpfe „umzusetzen. Sie bedient sich dabei einer Doppelstrategie von Biederkeit und terroristischer Gewalt. Immer wieder neu stellt sich für die VVN-BdA die Aufgabe, dem mit örtlichen und überregionalen Bündnissen entgegen zu treten. Die Vereinigung hat dabei ihren öffentlichen

Einfluss spürbar erweitert und vertieft. Große Fortschritte wurden durch die Verbotskampagne „nonpd „erreicht. Seitdem in den 90er Jahren verstärkt Geflüchtete in Europa eintreffen, wurde das verfassungsmäßige Asylrecht immer mehr ausgehöhlt. Die Regierung konnte sich dabei auf eine breite fremdenfeindliche Grundstimmung stützen, die von vielen Politikern noch durch demagogische Reden von „Asylbetrügern“, Grenzen der „Aufnahmefähigkeit“ usw. verstärkt wurde. Den schikanösen Aufenthaltsbedingungen und einer rigorosen staatlichen Abschiebep Praxis entsprechen alltägliche Diskriminierung aufgrund des Aussehens, der ethnischen Herkunft oder der Religionszugehörigkeit. Dies ist das Klima, in dem die rassistischen Gewalttaten der Neofaschisten gedeihen. So ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die VVN-BdA in Zusammenarbeit mit Flüchtlingsinitiativen, antirassistischen und antifaschistischen Gruppen solidarisch auf der Seite der Flüchtlinge steht. Die örtliche Arbeit muss sich dabei konzentrieren auf Fortbildung in Fragen der Asyl- und Flüchtlingspolitik in Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Flüchtlingsrat und Pro Asyl, durch Pressearbeit, offene Briefe an Abgeordnete und Bürgermeister, Kirchen, Unterschriftenaktionen, durch konkrete Solidarität in Einzelfällen (Unterstützung bei Asylfolgeanträgen, Abkaufen von Gutscheinen, Begleitung zu Ärzten, Besuch im Abschiebeknast u.a.



# 9.

## Herausforderungen und Entwicklungen nach 2007

### Große Solidarität, 170 neue Mitglieder in Niedersachsen und die VVN-BdA ist wieder gemeinnützig

Durch das Finanzamt Berlin wurde der VVN-BdA Bundesvereinigung Anfang November 2019 die Gemeinnützigkeit aberkannt. Dies hat bedeutet, das die VVN-BdA rückwirkend ab dem Jahr 2016 Steuern in fünfstelliger Höhe nachzahlen sollte. Das Geld hätte natürlich für die politische Arbeit auch in unseren Kreisvereinigungen und in unserem Landesverband gefehlt.

Nun könnte man sagen, da hat so „einsamer Amtsvorsteher“ eines Finanzamtes falsch entschieden. Das glauben wir so nicht. In Berlin gab es zu dem Zeitpunkt eine „Rot-Rot-Grüne“ Regierung, deshalb ist die Entscheidung der Finanzbehörde besonders skandalös.

Die VVN-BdA hat gegen die Entscheidung des Finanzamtes Einspruch eingelegt und gegen die Entscheidung der Berliner Behörde politischen Druck aufgebaut. Eine Online-Petition brachte 50.000 Unterschriften, Landes- und Bundestagsabgeordnete, Gewerkschafter\*innen und Verbände unterstützten uns in der Auseinandersetzung mit der Finanzbehörde. Eine wirklich erfolgreiche Kampagne: Die Finanzbehörde hat dem Einspruch stattgegeben und wir sind wieder gemeinnützig.

Begonnen hat der Skandal in Bayern. In dem dortigen Verfassungsschutzbericht wurde der Bundesverband der VVN-BdA als „bundesweit größte linksextremistisch beeinflusste Organisation im Bereich des Antifaschismus“ bezeichnet. Eigentlich eine Auszeichnung für unsere Arbeit. Die Beurteilung einer Bayrischen Behörde hat dazu geführt, daß unsere Bundesvereinigung nicht mehr gemeinnützig sein soll.

### Bayrisches Verfassungsschutzgesetz teilweise verfassungswidrig

#### Verfassungsfeinde sitzen in der CSU-Landtagsfraktion

Das Verfassungsschutzgesetz in Bayern ist auf Bestreben der CSU-Landtagsfraktion im Jahr 2016 geändert worden. Mehr Rechte für Verfassungsschutz und Polizei, weniger Schutz für Bürger\*innen und weniger Datenschutz war die Überschrift.

Am 26.04.2022 hat das Bundesverfassungsgericht dieses bayrische Gesetz gekippt. Geklagt haben drei VVN-BdA Mitglieder aus Bayern. Das Verfassungsschutzgesetz soll eigentlich die Verfassung schützen, tatsächlich verstößt es gegen die Verfassung. Das Gericht hat festgestellt, daß die Befugnisse zur Ausspähung der Wohnungen, die Handy-Ortung und die Onlinedurchsuchung im Gesetz zu weit gehen. Bis Juli 2023 müssen jetzt Neuregungen her. Ein großer Erfolg für die drei VVN-BdA Mitglieder in Bayern.

Unsere Forderung ist eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechtes. Die derzeitige Regelung, wenn eine Organisation im Verfassungsschutzbericht eines Bundeslandes auftaucht, die Gemeinnützigkeit verloren geht, ist ein Skandal. Die VVN-BdA Bayern hat mehrmals erfolglos gegen die Beurteilung im Verfassungsschutzbericht geklagt, leider erfolglos. Jetzt die neuste Entwicklung: Im Verfassungsschutzbericht 2021 wird die VVN-BdA nicht mehr als „linksextremistisch beeinflusst“ bezeichnet. Das ist ein großer Erfolg der Bayrischen VVN-BdA.



Im Rahmen der Kampagne zur Wiedererlangung der Gemeinnützigkeit konnten in den Jahren 2018 bis 2021 2.500 neue Mitglieder für die VVN-BdA gewonnen werden. Die VVN-BdA Bundesorganisation hat jetzt 8.170 Mitglieder. In unserem Landesverband hat sich die Mitgliederzahl um 170 auf jetzt aktuell 603 erhöht. Wichtig ist, dass der Schwung der neuen Mitglieder unsere Arbeit stärkt.

## VVN-BdA an der Seite von Geflüchteten



Neue Mitglieder werden bei der jährlichen Veranstaltung der VVN-BdA Niedersachsen in Hörsten mit dem Mitgliedsbuch und einer Nelke begrüßt.

Foto: Reinhold Weismann-Kieser

Seit 1992, als die ersten größeren Zahlen von Geflüchteten auch nach Niedersachsen kamen, damals z.B. Roma aus Rumänien, haben sich VVN-BdA-Kamerad\*innen vor Ort für deren Rechte eingesetzt und versucht, ihr Leben konkret zu erleichtern und sie (z.B. mit Nachtwachen) zu beschützen.



Die schwerst behinderte Ajeta wurde versteckt und so vor der Abschiebung geschützt.

Foto: Hartung

An vielen Orten haben wir uns entsprechend unserer selbstverständlichen antirassistischen Haltung konkret engagiert durch Arztbegleitung, Übersetzungen, Begleitung zur Ausländerbehörde, zu „Interviews „beim BAMF, ehrenamtlichen Deutschunterricht usw.

Wir waren und sind an der Seite von Kurd\*innen, wir kämpften gegen die „Residenzpflicht“, gegen „Gutscheine“ statt Bargeld. Die Parole „Kein Mensch ist illegal, Bleiberecht – überall!“ ist unverändert unser Appell – gemeinsam mit allen antirassistischen Menschen und Organisationen.



Protest beim 2. Abschiebetermin einer schwerstbehinderten Romnia. Foto: Hartung

Wir engagieren uns gegen Abschiebung und Abschiebehaft, gegen die Ungleichbehandlung von Geflüchteten (z.B. Syrer\*innen, Afghan\*innen/Ortskräften, Sudanese\*innen). Wir verlangen gleiches Recht für alle Geflüchteten, insbesondere, wenn wir die derzeitige Benachteiligung gegenüber den aus der Ukraine Geflüchteten sehen. Alle Geflüchteten sollen eine

Arbeitserlaubnis bekommen, die öffentlichen Verkehrsmittel kostenfrei nutzen können und ihren Aufenthaltsort selbst wählen dürfen.

Wir sind Mitglied im Flüchtlingsrat Niedersachsen. Gemeinsam haben wir z.B. einen Aufruf mit Unterschriftensammlung gestartet unter der Überschrift: „Aus historischer Verantwortung – Roma schützen“. Damit nahmen wir Bezug auf die Verfolgung der Roma zur Zeit des Faschismus, die Ermordung von etwa 500 000 Roma und Sinti in Auschwitz.

Bis heute stellt der reale Antiziganismus eine Herausforderung dar.



Suche Arbeit. Foto: M. Hartung

## Verschwörungsmythen und rechtes „Querdenken“

Corona-Pandemie, überfüllte Krankenhäuser, in vielen Ländern kein Platz mehr in den Leichenhallen, Arbeiten am Limit und darüber hinaus dagegen ankämpfendes medizinisches Fachpersonal weltweit und viele offene Fragen der Wissenschaftler:innen bezüglich dieses Virus.

Seit mehr als 2 Jahren ist es ein uns alle betreffendes Thema. Inzwischen wissen wir mehr und es gibt Impfstoffe und Medikamente, aber auch neue Virus-Mutationen.

Die Regierung hat Lockdowns, Maskenpflicht, Priorisierungen bei den Impfungen, Homeoffice-Regelungen, Home-Schooling, Quarantäneregeln uvm. beschlossen. Einiges war und ist nicht immer nachvollziehbar, voranging ging es um den Schutz der Menschen vor einem im schlimmsten Fall tödlichen Virus. Die drastischen Einschnitte im Leben aller wie Ausgangssperren, Versammlungsverbote oder Testpflicht und die unterschiedlichen Varianten von Maskenpflicht waren für viele Menschen nicht nachvollziehbar.

Das war eine Steilvorlage für die AfD und faschistische Gruppierungen, die in jeder Verordnung eine Drangsalierung gesehen haben und durch massive Übertreibungen und Falsch-

formationen die Stimmung anheizen konnten. Verschwurbelt und verdreht wurden altbekannte antisemitische Muster hervorgeholt und diesmal ist es den rechten Drahtzieher:innen gelungen, bis weit in die Mitte der Gesellschaft ihre Verbindungen zu spannen. Esoterisch Angehauchte und Antroposoph:innen, orientierungslose Linke und Grüne, vom Leben Enttäuschte, grundsätzlich dem Staat kritisch gegenüber eingestellte Menschen, von der Gesellschaft Abgehängte und dazu auch noch viele bis dahin eher unpolitische Leute, die vorher noch nie auf einer Demo waren, die aber plötzlich ihre Grundrechte in Gefahr gesehen haben, weil durch Masken- und Abstandspflicht bei Versammlungen ihre Meinungsfreiheit bedroht sei. „Ich bin Jana aus Kassel und ich fühle mich wie Sophie Scholl“ tönte es bei einer genehmigten und durch die Polizei geschützten Kundgebung der „Querdenker:innen“ in Hannover. Vordergründig, um unsere demokratischen Rechte zu verteidigen, aber blind gegenüber den Motiven der zum Teil im Hintergrund handelnden, zum Teil auch offen auftretenden rechtsradikalen Drahtzieher:innen hinter diesen Veranstaltungen.

Wir sehen auch, dass die Pharmaindustrie durch die Impfstoffe, von Steuergeldern finanzierte Forschung vorausgesetzt, profitiert. Aber glaubt wirklich jemand ernsthaft, dass mit einer Impfung Chips in den Arm gejagt werden, um uns alle einer totalen Überwachung preiszugeben?

Wir sehen auch, dass die großen Konzerne durch das Kurzarbeitergeld profitiert haben, die Pandemie kam für sie zur rechten Zeit, weil wir auch vorher schon in einer wirtschaftlichen Krise steckten. Aber dahinter einen perfiden Masterplan der Herrschenden zu wittern, ist paranoid.

Wir sehen auch, dass unsere Regierung nicht stringent reagiert hat und dass die Maßnahmen gegen die Pandemie nicht immer sinnvoll bzw. konsequent waren. Nächtliche Ausgangssperren interessieren so ein Virus zum Beispiel wenig, weil es sich wunderbar auch tagsüber in den Bussen und Bahnen, in den Schulen und Betrieben und in jedem Supermarkt vermehren kann. Aber



trotzdem kann daraus nicht geschlussfolgert werden, dass den politisch Verantwortlichen unser Leben und unsere Gesundheit vollkommen egal ist und es nur um Profit geht.

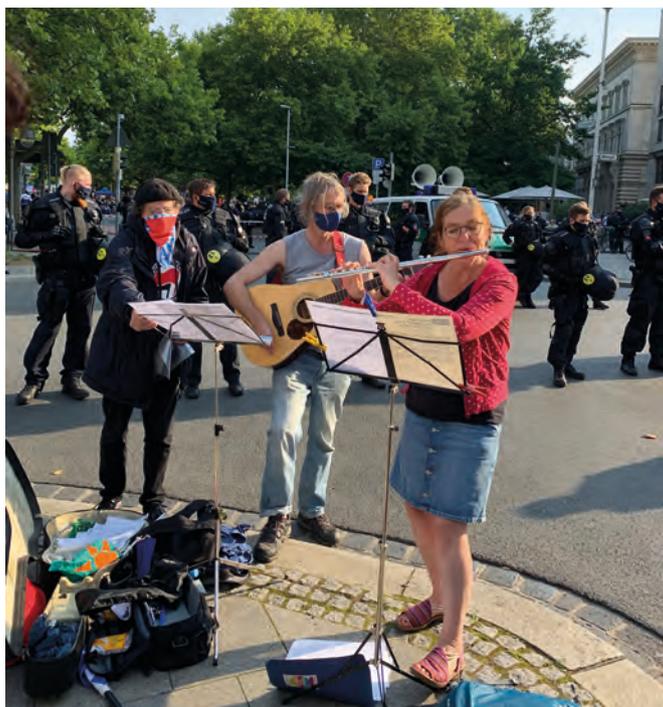
„Die VVN-BdA steht für Aufklärung und Solidarität statt Verschwörungsmythen“, so heißt es in einem unserer Flugblätter. Und weiter: „Tatsächliche soziale Verwerfungen, die durch die Pandemie verstärkt werden, gehören auf die Tagesordnung, u.a. die Privatisierung und Unterfinanzierung des Gesundheitswesens, die Schließung von Krankenhäusern. Wir brauchen klare Kante gegen die Ideologien des Egoismus und der Verschwörungsmythen.“

Wir haben auch in Niedersachsen dagegen gehalten. Mit den Omas gegen Rechts, Auf die Plätze, Aufstehen gegen Rassismus, bunt statt braun und vielen anderen, haben wir protestiert gegen diejenigen, die die Pandemie für ihre menschenverachtenden Zwecke nutzen wollten, gegen diejenigen, die die politischen Versuche zur Bekämpfung der Pandemie als eine Vorstufe zum Faschismus bewerten und damit den historischen Faschismus relativieren und die Opfer verhöhnern wollten.

Die Pandemie hatte auch Auswirkungen auf die Arbeit in unseren Kreisorganisationen. Lockdowns und Phasen mit Ausgangssperren haben unsere politische Arbeit kurzzeitig lahm gelegt. Inzwischen gehen wir routiniert mit Videokonferenzen um und haben wichtige Gedenktermine wahrgenommen.

z.B. in Hörsten 2020, 75 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus. Wir waren mit einem Hygienekonzept auf dem Ehrenfriedhof und haben eine kleinere Veranstaltung organisiert und ein würdiges Gedenken an die ermordeten Sowjetsoldaten. Mit Masken und Abstand.

Wir nehmen die Risiken dieser Pandemie ernst, lassen uns aber nicht von einer diffusen Angst lähmen. Da, wo es risikoarm möglich ist, zu demonstrieren und an Gedenkveranstaltungen teilzunehmen oder sich wieder in Präsenz zu treffen, tun wir das.



Protest gegen die Corona-Verharmloser/innen in Hannover.

Foto: J. Scharna

Manch eine:r hat sich dennoch von uns getrennt. Bei einer der ersten Großdemos der „Basis“ und „Querdenker:innen“ und der entsprechenden Protestveranstaltung in Hannover sprach uns ein älterer Mann auf die VVN-BdA-Fahne an. Er gehöre auch dazu, ein Verwandter von ihm habe im Widerstand gegen die Nazis gestanden, habe Verfolgung und Haft überlebt und sei im Kalten Krieg wieder verfolgt worden. Aggressiv hat dieser Nachfahr eines Verfolgten des Naziregimes uns vorgeworfen, wir stünden heute auf der falschen Seite, und zog weiter Richtung der Stände mit den „Ungeimpft-Sternen“.

Der Widerspruch zwischen einer Akzeptanz von Maßnahmen gegen die Pandemiebekämpfung einerseits und einer generellen Ablehnung behördlicher Maßnahmen andererseits war für einige zu groß. Wir hoffen, dass sie wieder zu uns finden.

# 10.

In Memoriam



## **Klaus Harbart**

### **1. September 1955 – 29. Dezember 2005**



Schon als Jugendlicher wurde er von der Bewegung ergriffen, die heute als die der 68er bezeichnet wird und die damals die restaurative Geschichte der Bundesrepublik mit ihrer Verdrängung der faschistischen Vergangenheit infrage stellte.

Er wurde Mitarbeiter einer Schülerzeitung und übernahm Verantwortung in der Schülerselbstorganisation. Damals sollte in den Schulen „Wehrkunde“ zur Pflicht gemacht werden und Klaus bezog deutlich Position dagegen. So kamen er und seine Freunde in Kontakt zu politischen Bündnispartnern, darunter die SDAJ und die DKP. Seit 1972 war Klaus organisierter Kommunist und nahm als solcher an den politischen Auseinandersetzungen in der Welt teil.

Es war die Zeit, in der der Vietnam-Krieg der USA seinen brutalen Höhepunkt erreichte. Klaus beschränkte seine Solida-

rität nicht auf demonstrative Aktionen, sondern organisierte Geldsammlungen zur Unterstützung des kämpfenden Volkes in Vietnam.

In den folgenden politischen Bewegungen, der Aktion „Roter Punkt“, der Chile-Solidarität und der Kampagne gegen die Berufsverbote war er aktiv.

Der Kontakt zum „Arbeitskreis demokratischer Soldaten“ (ADS) überzeugte ihn, dass es sinnvoller sei, 18 Monate in der Bundeswehr politisch zu arbeiten, als den Wehrdienst zu verweigern.

Nach der Bundeswehr studierte Klaus Germanistik und Sozialkunde, um Lehrer zu werden.

Während des Referendariats begann er sich schwerpunktmäßig mit Faschismus und Neofaschismus zu beschäftigen und den Schülern das Thema nahe zu bringen. 1986 überzeugte ihn der Widerstandskämpfer Fritz Maiwald, in die VVN- BdA einzutreten.

Nach dem Ende des Referendariats musste er in wechselnden Jobs arbeiten. Die Berufsverbots-Praxis war zwar Anfang 1982 offiziell beendet worden, aber es wurden immer weniger Stellen besetzt, so dass er keinen Anspruch auf Einstellung durchsetzen konnte.

Im Sommer 1978 machte Klaus zum ersten Mal persönliche Bekanntschaft mit faschistischer Gewalt, als er mit seinen Genossen von der SDAJ von einer Gruppe Neonazis aus dem Gefolge von Kühnen und Worch angegriffen wurde.

Klaus erkannte sehr bald, dass die rassistischen Wahlkampfparolen („das Boot ist voll!“) der Parteien der Mitte die Wahlerfolge der Parteien der Rechten begünstigen. Darüber aufzuklären machte er zu seiner vornehmsten Aufgabe und gründete mit verschiedenen Mitstreitern die Zeitschrift „Der Rechte Rand“. Sie ist bis heute eine der wichtigen Zeitschriften für alle, die über aktuelle Entwicklungen faschistischer Theorie und Praxis informiert sein wollen. Trotz wütender Angriffe aus dem rechten Lager konnte ihr die öffentliche Anerkennung nicht verwehrt werden und sie gewann 5.000 € in



einem Wettbewerb des ‚Bündnisses für Toleranz‘, dessen Geschäftsführung beim Bundesinnenministerium liegt.

1996 wurde Klaus Bundesgeschäftsführer der VVN-BdA. Auf Vorschlag der VVN-BdA Niedersachsen zog der Bundesverband nach Hannover in die Rolandstraße. Sofort machte Klaus sich daran, die EDV vernünftig einzurichten, Presse- und Bündnisverteiler zu aktualisieren, Kontakt zu den Kreisvereinigungen herzustellen und ihnen Unterstützung anzubieten. Er machte aus dem Büro eine Art Service-Zentrale. Und gleichzeitig begann die Vorbereitung der großen Veranstaltung „50 Jahre VVN“ im März 1997 in Frankfurt.

Je mehr Klaus sich einsetzte, desto mehr Arbeit bekam er. Hatte sich nach 1990 bei vielen potentiellen Interessenten der Eindruck verbreitet, die VVN-BdA sei der „Wende“ zum Opfer gefallen, so konnte sich durch seinen Einsatz und seine systematische Arbeit die Vereinigung wieder im Bewusstsein der Öffentlichkeit verankern. Die Folge waren Anfragen nach Material, nach Referenten, nach Informationen oder einfach nach Rat. Oft war er selbst als Referent unterwegs. Klaus schlug Projekte vor, meist in Zusammenarbeit mit der Bundeskommission Neofaschismus, wie eine Broschürenreihe zu Neofaschismus, die vollständige Überarbeitung der Ausstellung „Neofaschismus in der Bundesrepublik“, eine Vortragsreise von Graeme Atkinson vom antifaschistischen Magazin „searchlight“ zum Neofaschismus in Europa. Durch seinen kooperativen und kameradschaftlichen Arbeitsstil gelang es, die Arbeit der Bundesvereinigung wesentlich voran zu bringen. Die größte Herausforderung, die organisatorisch zu meistern war, war 2002 die Verschmelzung von ehemals drei antifaschistischen Organisationen in Ost und West. Notwendig

waren dazu langjährige Verhandlungen und Bemühungen zur Annäherung durch Kooperation. Klaus ist es durch seine solidarische und verlässliche Art gelungen, das Vertrauen aller Beteiligten zu gewinnen. Er wurde deshalb einvernehmlich gebeten, die Bundesgeschäftsführung in Berlin zu übernehmen.

Die Entscheidung nach Berlin zu gehen, fiel ihm sehr schwer. Er hatte sich mit seiner Frau Anne einen familiären Mittelpunkt geschaffen und war gerade in Gehrden heimisch geworden. Für die neue Bundesvereinigung war dieser Entschluss jedoch von großer Bedeutung, gelang es ihm doch, die unterschiedlichen politischen Kulturen der drei Organisationen zu integrieren.

Fast 10 Jahre stand Klaus im Zentrum der VVN-BdA. Er war Ansprechpartner für alle: Bundessprecher, Landesverbände, Mitgliedsorganisationen und Kreisvereinigungen, Bündnispartner und Presse, Schulen und Verbände. Er stellte Verbindungen her und griff auf Verbindungen zurück, er brachte Ideen ein und griff Ideen auf. Er achtete auf die Handlungsorientierung, das Konkrete, er regte an, er setzte um.

Als er die Bundesgeschäftsführung Ende 2004 aufgab, um wieder eine Tätigkeit in Hannover aufzunehmen, blieb er der Bundesvereinigung als Mitglied des Bundesausschusses verbunden und erwog sehr ernsthaft eine Kandidatur als Bundessprecher. Es bestand also die Hoffnung, dass der VVN-BdA sein Wissen, seine analytischen Fähigkeiten, seine politische Klarheit, seine vielfältigen Verbindungen und die Orientierung auf das Konkrete erhalten bliebe.

Sein all zu früher Tod riss eine Lücke, die nicht zu schließen ist.



## Fritz Maiwald

24. August 1916 – 28. August 2007



Fritz Maiwald war ein Veteran der Arbeiterbewegung. Schon während seiner Elektrikerlehre in Breslau, wurde er Gewerkschaftsmitglied. Enttäuscht von der Unterstützung der

Rüstungspolitik durch die SPD in den 20er-Jahren schloss sich der junge Sozialdemokrat der SAP an.

Die Machtübergabe an Adolf Hitler erlebte er mit 17 Jahren. Wie viele seiner Freunde und Verwandten beteiligte er sich von Anfang an am Widerstand und erfuhr die brutalen Methoden der Faschisten am eigenen Leib. Seine Gruppe organisierte den illegalen Grenzverkehr mit Widerstandskämpfern und Propagandamaterial zur CSR. Auch während Arbeitsdienst und Kriegsdienst als Fucker bei der Luftwaffe in Wunstorf hielt er Kontakt zu illegalen Gruppen.

Nach 1945 blieb er in Hannover, begann wieder in seinem Beruf zu arbeiten und stellte sich als Arbeitervertreter im Betrieb und als Mitglied in einem Ausschuss zur Entnazifizierung in den Dienst des Aufbaus einer demokratischen Gesellschaft. Er war Gründungsmitglied der IG Metall in Hannover und in der britischen Zone.

Seine Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit brachte ihn in Kontakt mit erfahrenen Genossen der KPD, deren Mitglied er bald selbst wurde. Sein kämpferisches Auftreten im Interesse seiner Kolleginnen und Kollegen brachte ihm mehrere Maßnahmen ein. Auch aus der IG Metall wurde er 1951 ausgeschlossen, weil er sich weigerte, eine Verpflichtungserklärung bezüglich seiner KPD-Mitgliedschaft zu unterschreiben.

Nach dem Verlust seines Arbeitsplatzes wurde er hauptamtlicher KPD-Sekretär. Nach dem KPD-Verbot arbeitete er wieder in einem Elektrobetrieb. Dort wurde er bald Betriebsratsvorsitzender und Vertreter im hannoverschen Gesellenausschuss. Er wurde wieder in die IG Metall aufgenommen und Mitglied in der Vertreterversammlung.

Seine Einzelkandidatur zur Bundestagswahl 1961 brachte ihm eine Anklage und Verurteilung wegen angeblichen Verstoßes

gegen das KPD-Verbot ein. 7 Monate der 12-monatigen Haftstrafe verbrachte er im Gefängnis Oldenburg.

Früh verwitwet begründete er 1963/64 die Lebensgemeinschaft mit Herta DÜRRBECK, die 30 Jahre bis zu deren Tod bestand. Von den 70er Jahren an widmeten sich Fritz und Herta ganz intensiv der Arbeit in der VVN/BdA. Inzwischen im „Ruhestand“ war Fritz über viele Jahre Kreisvorsitzender der Vereinigung in Hannover und hatte Funktionen auf Landes- und Bundesebene.

Er setzte sich sehr für die Öffnung der VVN/BdA zum Bund der Antifaschisten ein und entwickelte ihre Kontakte zu den Gewerkschaften. Er arbeitete in der Geschichtskommission, dem Arbeitskreis Niedersächsischer Gedenkstätten und in der Arbeitsgemeinschaft Bergen-Belsen. Besonders bemühte er sich dabei um Aufklärung über die Zwangsarbeiterlager hannoverscher Betriebe. Als Zeitzeuge für die Jugend stand er immer zur Verfügung. Er stellte den Kontakt zu tschechischen Verfolgten her und bemühte sich um das Andenken an Prof.

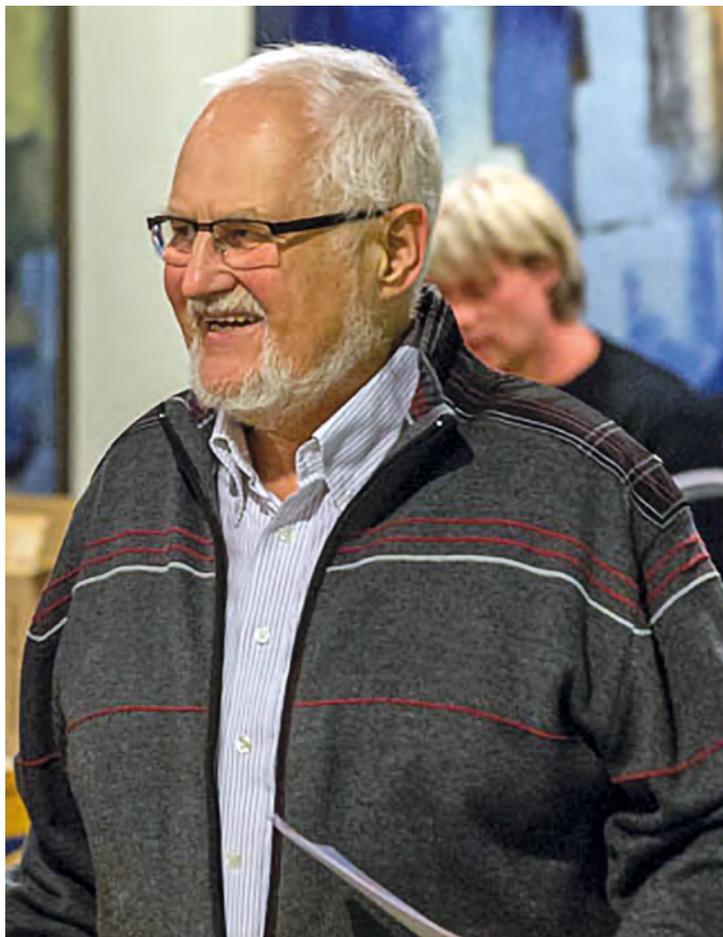
Th. Lessing und der Erforschung von dessen Emigrationszeit in der CSR.

Seit Gründung des ‚Niedersächsischen Härtefonds für Opfer des NS-Regimes in besonderen sozialen Notlagen‘ arbeitete er mehr als 9 Jahre lang bis zum Herbst 1999 als allseits geachteter Vertreter der VVN/BdA neben der inzwischen ebenfalls verstorbenen Gertrud Schröter auf dem bereitgestellten Platz der Fraktion B90/Grüne.

Auch als er sich aus Alters- und Gesundheitsgründen von seinen Funktionen zurückziehen musste, war er auf fast allen Veranstaltungen und öffentlichen Auftritten der Kreis- und Landesvereinigung präsent. Auf der Landesdelegiertenversammlung 2000 wurde er zum Ehrenvorsitzenden der Landesvereinigung gewählt. Bis zuletzt verfolgte er die politische Entwicklung und war mit seinen Gedanken bei der Arbeit seiner Partei, seiner Gewerkschaft und unserer Vereinigung. Als treibende Kraft und lebendes Gedächtnis des Antifaschismus wird er uns unersetzlich sein!



## Göttingen: Peter Dürrbeck verstorben



Das war wirklich anders geplant. Anfang März 2022 haben wir die Aufgaben für unser Buch zum VVN-BdA Jubiläum besprochen. Meine Aufgabe war es, ein Interview mit Peter Dürrbeck zur VVN-Arbeit zu führen. Er war einer der ältesten

Mitglieder unserer Organisation, der über viele Jahrzehnte in unterschiedlichen Funktionen mitgearbeitet hat. Auf unserer Veranstaltung zum 8. Mai 2022 hat sein Freund Gunnar Siebecke in einem Redebeitrag die Arbeit von Peter gewürdigt. Als kleiner Ersatz für das Interview der Redebeitrag von Gunnar.

Liebe Antifaschistinnen, liebe Antifaschisten!  
Wir, die VVN-BdA Göttingen, möchten diese Gedenkfeier, den Tag der Befreiung vom Faschismus, auch nutzen, um an einen Menschen, den wohl die meisten von Euch gekannt haben, um an Peter Dürrbeck zu erinnern, der am 15. März dieses Jahres im Alter von 82 Jahren starb.

Ich hatte seiner Frau Inge versprochen, dass dies keine Trauerrede werden wird – und doch: Natürlich trauern wir um ihn! Unser Kamerad Peter ist von den Feierlichkeiten zu diesem Datum nicht wegzudenken: Er hat in den rund 25 Jahren, seit er in Göttingen gewohnt hat, in wohl jedem Jahr hier teilgenommen und wäre auch heute hier gewesen, wenn es ihm seine Gesundheit erlaubt hätte.

Peter war für Generationen von Kameradinnen und Kameraden, von Genossinnen und Genossen geduldiger Lehrer, kluger Berater, wandelndes Lexikon, Mitkämpfer.

Seine Eltern Karl und Herta Dürrbeck waren Kommunisten, Herta wurde von den Faschisten verfolgt, stand nach einer Gefängnisstrafe unter Polizeiaufsicht. Nach 1945 wurde sie wieder verurteilt – für ihre Arbeit bei den Kinderferienaktionen in der DDR – übrigens von dem gleichen Richter, der sie auch vor 1945 verurteilt hatte.

Dieses Elternhaus mit seiner antifaschistischen Haltung prägte Peter. Er erlebte den 8. Mai 1945 als knapp Sechsjähriger in der Heide, wohin seine Familie aus Hannover ausquartiert worden ist. Er lernte Elektriker bei Siemens und war selbstverständlich von Anfang an in der Gewerkschaft aktiv. Schon als Jugendlicher war er bei der FDJ, den Naturfreunden, in der

Ostermarschbewegung, trat 1956 in die illegale KPD ein – und natürlich war er Mitglied der VVN. „In der Illegalität bin ich nach und nach in die Parteiarbeit reingewachsen und habe Funktionen übernommen“, sagte Peter über diese Zeit.

1967 wurde er wegen illegaler Arbeit für die KPD zu einer Gefängnisstrafe verurteilt und saß seine Zeit in Wolfenbüttel ab. 1968 gehörte Peter zu den Gründungsmitgliedern der DKP und blieb bis an sein Lebensende Mitglied der DKP. Hier bekleidete er Funktionen auf allen Ebenen, vom Gruppenkassierer bis zum Bezirksvorsitzenden in Niedersachsen und in der zentralen Schiedskommission, sowohl ehren- als auch hauptamtlich. Keine Arbeit war ihm zu klein, keine Herausforderung zu groß.

Peters Wirken war vor allem nach außen gerichtet:

- Ob als Anleiter der DKP in Nordhorn – dort hatte die DKP zu ihren besten Zeiten vier Mandate im Rat und im Kreistag,
- ob als Mitorganisator des Roten Punktes in Hannover Ende der 60-er Jahre – die Jüngeren werden das wahrscheinlich gar nicht mehr kennen, als der komplette öffentliche Nahverkehr wegen einer Fahrpreiserhöhung hannoverweit erfolgreich bestreikt wurde,
- ob als VVN-BdA-Vorsitzender hier bei uns in Göttingen bei den antifaschistischen Demonstrationen Anfang der 2.000-er Jahre,
- ob als DKP-Mitglied in seinem Engagement für das Wähler\*innenbündnis Göttinger Linke: Immer war sein Ziel, gemeinsam mit anderen für eine bessere Welt zu kämpfen.

Aber auch durch seine theoretischen Kenntnisse über den Marxismus wurde er ständig nachgefragt:

In den 80-er Jahren war er Leiter der marxistischen Arbeiterschule in Hannover,

- er hat am Programm der DKP mitgeschrieben,
- er erarbeitete gemeinsam mit den Kameraden der VVN-BdA in Lüneburg eine antifaschistische Broschüre über den Terror in Lüneburg, über Verfolgungen und Täter,
- er hat ein Buch über das Leben seiner Mutter geschrieben,
- er arbeitete mit an der Ausstellung in Wolfenbüttel, wo er ja seine Knastzeit verbrachte, an der dortigen Ausstellung zu den Jahren der Adenauer-Justiz,
- er unterstützte die „Initiative der Opfer des Kalten Krieges“ mit seinen Materialien aus dieser Zeit und drang in dieser Funktion auch bis in den niedersächsischen Landtag vor.

Peter war wirklich der lesende Arbeiter, der Fragen stellte. Sein umfassendes Wissen machte ihn zu einem Lehrer in der marxistischen Bildungsarbeit, der keine Wahrheiten verkündete, sondern durch Fragen und Hinweise, die Lernende zu Erkennenden machte. Kritik verband er mit dem Willen, die Kritisierten zu verstehen.

Wir werden seine Warmherzigkeit, seine Geduld, seine Freundlichkeit, seine Ratschläge vermissen.

Etliche von Euch werden sich möglicherweise wundern, nichts von einer Trauerfeier oder einer Beerdigung gehört zu haben: Peter hatte darum gebeten, auf eine Trauerfeier zu verzichten und uns stattdessen im Sommer zu einer „Party“ zu treffen, um das Leben zu feiern.

Dem kommen wir gerne nach, gestatten uns aber doch, an diesem Tag an einen großartigen Menschen zu erinnern.



## GEDENKLISTE

Antifaschist\*innen, die sich in Niedersachsen um den antifaschistischen Widerstandskampf und um die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten in besonderem Maße verdient gemacht haben (nach „60 Jahre“ erweitert).

### **Karl ABEL**

Obernkirchen, 1897-1971, 4 Jahre inhaftiert, nach 45 Minister in der niedersächsischen Landesregierung, Landesvorsitzender der VVN Nds.

### **Agnes ASCHE**

geb. Jünemann, Hannover, 1891-1966, 4 Jahre inhaftiert, Mitglied des Landesvorstandes der VVN Niedersachsen

### **August BAUMGARTE**

Hannover, 1904-1980, 12 Jahre inhaftiert, Präsident des Komitees der ehem. Moorsoldaten, lange Jahre Landessekretär und Mitglied des Präsidiums der VVN

### **Kurt BAUMGARTE**

Hannover; 1912-2006, 11 Jahre Zuchthaus, seit 1945 Mitglied, aktiv in der Gedenkstättenarbeit (Ahlem) seit 2000 Ehrenmitglied der Landesvereinigung.

### **A.O. BAUMEISTER**

Stade, 1907-1963, 2 Jahre Haft. Emigration nach England, Mitglied des Landesvorstandes.

### **Siegfried BERLINER**

Wilhelmshaven, 1908-1969, KZ-Haft, aktiv in der französischen Widerstandsbewegung, Mitglied des Landesvorstandes der VVN.

### **Gerda BERNDT**

Braunschweig, KZ Moringen und Ravensbrück, Mitglied im Landesvorstand

### **Richard BRENNIG**

Peine, 1897-1978, 6 Monate Haft, nach 1945 Landrat, Mitglied des Landesvorstandes, Herausgeber des Buches „Peine unter der NS-Herrschaft „

### **Heinrich DILCHER**

Hann.-Münden, 1901-1985, KZ Buchenwald, Mitglied des Landesvorstandes, Herausgeber antifaschistischer Schriften

### **Fritz DÖPKE**

Oldenburg, 1898-1966, für die KPD verfolgt, nach 1945 Mitglied des Stadtrats und im ernannten Landtag von Oldbg. und 1947 – 1951 im ersten gewählten Landtag, Mitglied des Landesvorstandes

### **Hanna ELLING**

Geb. Miller, Hannover u. Burgdorf, KZ Moringen, Geschichtskommission der VVN Nds, Geschichtsarbeit auch beim Bundesvorstand, Mitherausgeberin der Hefte Wegweiser in Niedersachsen

### **Otto ELSNER**

Celle, 1888-1975, 5 Jahre Haft, nach 45 Mitglied des Stadtrats, Mitglied des Landesvorstandes.

### **Dora GABMANN**

Hannover, 1904 –1998, Zuchthaushaft, nach 1945 Mitglied des Betriebsrates bei Sprengel, Mitglied im Geschäftsführenden LV.



**Robert GEHRKE**

Braunschweig, 1892-1975, 12 Jahre Haft, Herausgeber anti-faschistischer Schriften, Mitglied des Landesvorstandes

**Oskar GLÄSER**

Hannover, 1892-1975, inhaftiert, nach 1945 Staatssekretär in der nds. Landesregierung, Mitglied des Landesvorstandes

**Dr. Josef GÖKEN**

Lingen, 1891-1969, als katholischer Theologe verfolgt, nach 45 Herausgabe des Buches: „Der Kampf um das Kreuz in der Schule“, Mitglied des Landesvorstandes.

**Karl-Herbert HEINZE**

Hannover, 1908-1987, 1 1/2 Jahre inhaftiert, Kreisvorsitzender in Hannover und Mitglied des Landesvorstandes

**Heinrich HEITSCH**

Hannover, 1904-1982, Haft in der Nazizeit, lange Jahre Landessekretär und Mitglied des Präsidiums

**Leo HEINEMANN**

Als Kommunist und wg. jüdischer Abstammung verfolgt, KZ-Haft, flucht und Arbeit in der Resistance

**Ferdinand HELLMICH**

Hannover, ev. Pastor, verfolgt, nach 1945 im Vorstand der Landesvereinigung und der Kreisvereinigung Hannover aktiv

**Karl HERKT**

Hannover, 1910-1969, 11 Jahre Haft, Mitglied des Landesvorstandes

**Margarete HOELL**

Hannover, 1909-1986, 18 Monate inhaftiert, Kreisvorsitzende in Hannover und Mitglied des Landesvorstandes

**Karl HÖLSCHER**

Hameln, 1897-1985, 26 Monate inhaftiert, langjähriger Kreisvorsitzender

**Erich HOLLACK**

Seesen, 1903-1976, 9 Jahre Haft, langjähriger Leiter der Sozialkommission und Mitglied des Landesvorstandes

**Franz HOLLÄNDER**

Lüneburg, 1904-1985, in der Nazizeit inhaftiert, langjähriger Kreisvorsitzender und Mitglied des Landesvorstandes

**Wilhelm KOHRS**

Winsen, geb. 1898, mehrjährige Haft, nach 1945 Landrat und Mitglied des Landesvorstandes.

**Ludwig LANDWEHR**

Osnabrück, 1897-1981, 9 Jahre inhaftiert, Mitglied des ns. Landtages, langjähriger Landesvorsitzender und Mitglied des Präsidiums.

**Otto MAAß**

Braunschweig, SPD-Mitglied, von der SPD vor die Wahl zwischen SPD und VVN gestellt, entschied er sich für seine Partei.

**Minna MEYER**

Hannover, 1907-1965, mehrjährige Haft, Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes

**Friedrich MIDDENDORF**

Schüttertorf, 1883-1973, Kirchenpräsident a.D., in der Nazizeit verfolgt, Mitglied d. Landesvorstandes



**Karl NOWACKI**

Peine, 1909-1981, Polizeihaft, Berufsverbot, Kuratoriumsmitglied der Ausstellung „Antifaschistischer Widerstand in Niedersachsen 1933-1945“, Mitglied des Landesvorstandes

**Prof. Dr. Elfriede PAUL**

Burgdorf b. Hann., Rote Kapelle/ Zuchthaus, Ärztin, Ministerin der ernannten hannoverschen Landesregierung.

**Fritz RATH und Willi RUF**

Zuchthaus u. KZ;Gefängnis und 999er, sie waren beide Kreisvorsitzende in Hannover

**Ludwig RISCH**

Hann.-Münden, 1905-1986, 10 Jahre inhaftiert und Strafbataillon, langjähriger Kreiskassierer in Hann.- Münden

**Frida SCHÄFER**

Osnabrück, Haft, Landtagsabgeordnete 1947-51

**Gertrud SCHRÖTER**

Celle, Tochter von O. Elsner, langjährige Vorsitzende der Landesvereinigung

**Margarethe SCHULZ**

Braunschweig, „Schutzhaft „und Haft, Kreisvorstand Braunschweig.

**Wilhelm SCHUMANN**

Hann.-Münden, 1896-1974, 10 Jahre politische Haft, nach 45 1. Vorsitzender des DGB in Münden und Mitglied im ernannten Landtag, Herausgeber des Buches „Ihr seid den dunklen Weg für uns gegangen“, langjähriges geschäftsführendes Mitglied des Landesvorstandes.

**August STEIN**

Osterode, 1906-1971, politische Haft in der Nazizeit, nach 1945 Landrat, Mitglied des Landesvorstandes

**Maria SUSSDORF**

Hannover, 1902-1974, mehrjährige politische Haft, Sozial-sachbearbeiterin und Mitglied des Landesvorstandes

**Hans TEICH**

Hildesheim, 1904-1975, Schutzhaft, Herausgeber des Buches „Hildesheim und seine Antifaschisten“, Mitglied des Landesvorstandes.

**Hermann WALLBAUM**

Braunschweig, 1891-1984, Emigration, KZ Haft, Kreisvorsitzender und Mitglied des Landesvorstandes

**Herbert WATSACK**

Peine, 1907-1973, 11 Jahre Haft, Mitglied des Landesvorstandes

**Hermann WENSKOWSKI**

Goslar, 1901-1969, in der Nazizeit inhaftiert, Herausgeber antifaschistischer Schriften, Mitglied des Landesvorstandes

**Erich ZIEGLER**

Goslar, 1909-1975, 4 Jahre Haft und Strafbataillon, Mitarbeiter an der Chronik der 99er, Mitglied des Landesvorstandes

**Karl ZUNFT**

Helmstedt, 1904-1986, 12 Jahre inhaftiert, Kreisvorsitzender in Helmstedt und Mitglied des Landesvorstandes.





## Seit 2007 sind 80 Kameradinnen und Kameraden verstorben:

Alberth, Betina (Hannover, 2016)  
Baumgarte, Emmy (Hannover, 2009)  
Barthel, Sonja (Lüneburg, 2022)  
Becker, Helmut (Göttingen, 2018)  
Behrens, Magdalene (Osnabrück, 2010)  
Bertram, Joachim (Göttingen, 2013)  
Blumenstein, Rolf-Eberhard (Hannover, 2008)  
Brands, Erwin (Osnabrück, 2015)  
Briam, Heinrich (Hannover, 2010)  
Brinker, Gerd (Osnabrück, 2009)  
Budek, Daniel (Hannover, 2020)  
Deneke, Dieter (Peine, 2013)  
Döpke, Klaus (Oldenburg/Friesland, 2009)  
Dreyer, Johanna (2007)  
Dürrbeck, Peter (Göttingen, 2022)  
Ehlers, Jutta (Braunschweig, 2017)  
Evrard, Daniel (Braunschweig, 2018)  
Fischer, Heinz (Hameln, 2014)  
Franzkowski, Horst-René (Oldenburg/Friesland, 2022)  
Fritsch, Kurt (Braunschweig, 2011)  
Gerdes, Holger (Ostfriesland, 2017)  
Graw, Gerhard (Peine, 2017)  
Hahn, Karl (Hannover, 2007)  
Hamburger, Trudel (Lüneburg, 2010)  
Hartmann, Peter (Celle, 2015)  
Heller, Folkert (Ostfriesland, 2017)  
Herbrechter, Dirk (Oldenburg/Friesland, 2017)  
Hermel, Hans-Jürgen (Hannover, 2017)  
Herold, Ulrike (2007)  
Hilke, Werner (Hannover, 2020)  
Hoffbauer, Klemens (Lüneburg, 2020)  
Hupe, Lucie (Hannover, 2010)

Huppert, Veit (Hannover, 2019)  
Jacobsohn, Hildegard (Hannover, 2021)  
Kalwas, Hans-Helmut (Ostfriesland, 2017)  
Kautz, Elfriede (Hannover, 2007)  
Kittner, Dietrich (Hannover, 2013)  
Klement, Hannelore (Celle, 2015)  
Klose, Alfred (Hannover, 2019)  
Koers, Manfred (Hannover, 2016)  
Koers, Waltraud (Hannover, 2012)  
Kohn, Lieselotte (Celle, 2016)  
Korn, Walter (Hannover, 2009)  
Krause, Alfred (Braunschweig, 2018)  
Kunisch, Lieselotte (Celle, 2012)  
Kurth, Irmgard (Göttingen, 2020)  
Maiwald, Fritz (Hannover, 2007)  
Mannel, Heinz (2008)  
Marnowski, Rolf (Hannover, 2009)  
Meyer, Bernhard (Hannover, 2014)  
Miethe, Lisa (Hannover, 2013)  
Minkoley, Hans (Peine, 2020)  
Monsler, Ruth (Hannover, 2015)  
Müller, Angelika (Hannover, 2016)  
Müller, Ingeborg (Hannover, 2009)  
Mundil, Günter (Hannover, 2021)  
Neubauer, Reinhard (Göttingen, 2018)  
Orzykowski, Willi (Hannover, 2020)  
Pitz, Uwe (Wolfsburg, 2012)  
Rath, Luise (Hannover, 2007)  
Rescheleit, Alfriede (2008)  
Riebe, Tilmann (Hannover, 2018)  
Schlagintweit, Karlheinz (Wolfsburg, 2013)  
Schloßstein, Rita (2007)  
Schmidt, Johannes (Lüneburg, 2019)  
Schnippering, Hans (Peine, 2009)  
Schulz-Trieglaff, Jörg (Hannover, 2009)  
Schwang, Mathias (Peine, 2011)



Seinig, Thomas (Peine, 2015)  
Spiller, Waltraud (Hannover, 2018)  
Spröer, Helmut (Braunschweig, 2015)  
Stehr, Horst (Celle, 2020)  
Szcerbinski, Hilde (Ostfriesland, 2009)  
Tauwaldt, Horst (Hannover, 2010)  
Thöne, Günter (Hannover, 2012)  
Timpe, Walter (Hannover, 2008)  
Trzebiatowski, Ella (Celle, 2011)  
Wagershausen, Rolf (Braunschweig, 2015)  
Wege, Johann (Hannover, 2011)  
Windisch, Hans (Hannover, 2010)



Hannelore Clement\_KV Celle\_langjährige Landeskassiererin



Karl-Heinz Schlagintweit,  
KV Wolfsburg  
Foto: MH



Dietrich Kittner, politischer Kabarettist und Musiker, war Mitglied in unserer Landesorganisation der VVN-BdA Niedersachsen. Im Jahr 2013 ist er gestorben.

Foto: jtf



Horst Stehr, KV Celle  
Foto MH



Uwe Pitz,  
KV Wolfsburg  
Foto: MH

**„Die Vernichtung des Nazismus  
mit seinen Wurzeln ist unsere Losung.  
Der Aufbau einer neuen Welt  
des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“**

**Aus dem „Schwur von Buchenwald“, 19. April 1945**



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes -  
Band der Antifaschistinnen und Antifaschisten

